

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verbindungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußklasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr M. 2 (ohne Bestellgeld), bei Zustellung unter Kreuzband M. 2,40	Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1	Schluß des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf. für die dreieckspaltige Zeile oder deren Raum berechnet
--	---	---

Wohnungsreform in Deutschland.

Es ist in den Kriegsjahren und Revolutionsmonaten manches Blatt Papier verbraucht worden, um die Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit einer gründlichen Wohnungsreform für das deutsche Volk nachzuweisen. Man kann gerade nicht behaupten, daß der bisherige Erfolg der Wohnungssuche in der deutschen Industrie schon lange vor dem Kriege die Notwendigkeit einer gründlichen Reform erkannte. Tatsache ist auch, daß der deutsche Industriearbeiter in der Regel schlechter wohnte als sein englischer oder nordamerikanischer Kollege. Trotz der berichtigten Elms in England. Da aber früher von den Regierungen und sonstigen Behörden ein staatliches oder kommunales Eingreifen nicht zu erwarten war, weil die Hausbesitzer dies nicht erlaubten, so trat als natürliche Reaktion die sogenannte Gartenstadtbewegung ins Leben. Durch die Revolution hat nun diese Bewegung einen mächtigen Impuls erhalten. Hausgenossenschaften und Siedlungsvereine schrieben auf ihre Spitze nach einem warmen Regen. Das dauernde Aufschwimmen ihrer Mitgliederzahlen erbringt den Beweis, daß sehr weite Kreise der städtischen Bevölkerung große Sehnsucht nach einer gesunden Wohnung, möglichst in ländlicher Umgebung und in Einfamilienhäusern, haben. Die Mitgliederzahlen der Bau- und Siedlungsvereine werden nur zum geringen Teil durch die zurzeit herrschende Wohnungsnot beeinflusst. Dieser Einfluß dürfte die Nahrungsmittelnot während der Kriegszeit, der Wucher und die Entfremdung auf manchen Stadtbewohner haben, wenn er sich entschlöß, in einem Vorort oder einer neuen Kolonie sich anzusiedeln.

Bei vielen Arbeiterfreunden, namentlich aus bürgerlichen Kreisen, werden die Motive, die auch heute noch viele Arbeiter von den Siedlungen fernhalten, und vielleicht dauernd fernhalten müssen, sehr wenig gewürdigt. Wir erinnern hier an einen Artikel zu dieser Frage, der im Jahre 1918 in der sozialdemokratischen Wochenchrift „Die Glocke“ veröffentlicht wurde. Dort fanden wir folgende Sätze: „Warum, zum Donnerwetter, wenn ihr immer über eure dunklen Zimmer und trüblichen Höfe klagt, begehrt ihr euch damit, am Sonntag in irgendeiner trüblichen, schlecht gelüfteten Laubentkolonie mit samt eurer Familie und euren Freunden einen Klassen Schulstuhls-Besuch zu leisten? Warum befehlt ihr nicht auf die noch rings um die Stadt liegenden Dörfer über? Die Bahn trägt euch in einer Stunde zu eurer Arbeitsstätte, eure Frauen und Kinder können, anstatt auch in der Fabrik zu arbeiten, gesunde Landarbeit vollbringen und dadurch euren Unterhalt gewinnen. Oder ihr könnt ein Fahrzeug kaufen, das euch schnell von eurem Eigenheim zur Stadt führen würde, und ihr hättet die gesunde Bewegung gratis und gratis.“ Der Verfasser vorstehender Sätze ist Sozialdemokrat; aber seine Auffassung von der Lage des Arbeiters und von der Möglichkeit einer derartigen Ansiedlung unter dem alten Regierungssystem ist wirtschaftlich falsch. Seine Sätze beziehen sich offenbar auf Berlin. Die Sache ist so: Wenn nur die Hälfte der in Berlin wohnenden Arbeiterfamilien seinen Rat befolgt hätten, so würden sie damit zum großen Teil nur erreicht haben, daß sie, anstatt in Berlin in einer Mietskammer zu wohnen, in einer solchen in Birkenwerder, Jähndorf, Alvensleben, Groß-Ziefen oder Schlöndorf wohnen. Man darf doch bei der Erörterung dieser Frage nicht vergessen, daß es nur verhältnismäßig wenige Arbeiter sind, die über einen Kaufend Mark verfügen, so daß sie an den Erwerb eines Eigenheims denken können. Und die Haus- und Grundbesitzer haben aus geschäftlichen Gründen bisher immer noch das Mehrwohnungshaus vorgezogen. In gesundheitlicher Hinsicht würde eine derartige Ausbreitung der großstädtischen Bevölkerung allerdings eine Verbesserung bedeuten, aber diese müßte der Arbeiter zu teuer befallen, daß er sich einen derartigen Luxus nicht lange leisten könnte. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Wohnungsmiete nicht billiger wäre als in der Stadt, doch käme aber das lästige Fahren zum Arbeitsort. Das letztere kann dann, wenn mehrere Familienangehörige ihre Arbeitsstelle in der Stadt haben, ebenso teuer werden wie die Wohnung an sich. Dann ist die Frage zu

erwägen, ob bei der bekannten Verkehrseinknicktheit der früheren Herrscher die Eisenbahnen wirklich einen derartigen Miesenverkehr hätten bewilligen können; denn es ist doch zu beachten, daß dieser sich in der Hauptsache auf die Morgen- und Abendstunden zusammengekrängt hätte.

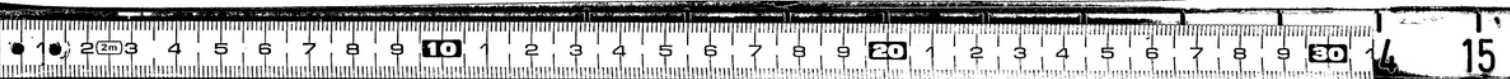
Wenn die Frauen und Kinder anstatt in der Fabrik zu arbeiten gesunde Landarbeit vollbringen sollten, so müßte ihnen zuerst auch die entsprechende Landfläche zur Verfügung stehen. Ist diese nun in der Entfernung einer halben Meile von Berlin in genügender Größe vorhanden? Also in derartigen Massenhaftigkeit kann die Ansiedlung nur unter wesentlich günstigeren Voraussetzungen erfolgen, als sie bis heute vorliegen. So einfach, wie sich manche Leute die Sache vorstellen, ist sie nicht. Wenn heute ein rüstiger, gesunder Arbeiter, der mit regelmäßigen und gutem Verdienst mindestens so lange rechnen kann, wie seine Gesundheit anhält, die Mitgliedschaft in einem Spar- und Bauverein erwirbt, um zu einem kleinen Eigenheim nebst Gartenfläche zu kommen, so erwartet er davon: 1. Eine gesunde Wohnung für seine Angehörigen und sich. 2. Die Möglichkeit, durch Kleintierhaltung und Gartenwirtschaft dem Lebensmittelvorrat und der Lebensmittelaufschung wenigstens in etwas entlastet zu sein. 3. Eine billigere Wohnung. 4. Nach der Berufsarbeit den Aufenthalt im Freien. 5. Unabhängigkeit vom Hauswirt. Das sind die Wohltaten. Dafür muß er aber mit folgenden Nachteilen rechnen: 1. Mit schlechterer Schulgelegenheit für die Kinder. 2. Mit höheren Preisen für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel, die er nicht im eigenen Garten erzeugt. 3. Mit dem weiten Weg von und zur Arbeitsstelle und den hohen Fahrgebern für sich und die Angehörigen. 4. Mit der Schwierigkeit, den Wohnort beim Verlust der Arbeitsstelle oder bei schlechtem Geschäftsgang am Arbeitsort leicht wechseln zu können. — Durch den Erwerb eines Eigenheims ist er an die Scholle gefesselt. Zum mindesten würde ein Wechsel des Wohnortes für ihn in der Regel mit einem Verlust an Bargeld verbunden sein.

Wie steht es nun heute mit der Möglichkeit, ein derartiges Eigenheim überhaupt erwerben zu können? Bieten die Spar- und Siedlungsvereine dazu eine leichte Möglichkeit? Nach unserer Auffassung liegt die letztere Möglichkeit nicht vor, solange wir mit den alten Bodenbesitzverhältnissen rechnen müssen. Die meisten Haus- und Grundbesitzer haben in ihrem Statut vorsehen, daß das Mitglied zum Erwerb eines Grundstücks in regelmäßigen Zeitabschnitten eine bestimmte Sparsumme einzahlen muß. Erst dann, wenn diese Einzahlungen die vorgeschriebene Höhe erreicht haben, kann eine Grundfläche von angemessener Größe als Eigentum übertragen werden. Damit hat der Sparere wohl ein Grundstück, aber noch lange kein Heim. Kann er nicht einige tausend Mark einstroten, so muß er weiter sparen für das Haus usw. Nehmen wir an, einem Arbeiter sei es möglich, jeden Monat M. 50 zu sparen; das wird allerdings nur wenigen sehr gut bezahlten dauernd gelingen. Er taugt nun durch den Verein ein Grundstück von 2000 qm, zu einem Preise von M. 2 pro Quadratmeter, so muß er 80 Monate lang sparen, um nur das Grundstück zu bezahlen. Die Übertragung als Eigentum ist vielleicht schon nach einer Sparrzeit von 16 Monaten erfolgt, die Verpfändung zum Sparen ist aber damit nicht beendet. Nun möchte er ein Häuschen bauen in der nächsten besten Friedenszeit von circa M. 8000 in Anschlag bringen; heute würde so ein Häuschen rund M. 24000 kosten. Um also die M. 8000 aufzubringen, müßte er weiter 160 Monate je M. 50 sparen. Wenn er also durch Sparen wirklich Besitzer von Grund und Haus werden will, so muß er 240 Monate oder 20 Jahre hindurch regelmäßig allmonatlich mindestens M. 50 abführen. Nominell kann er natürlich früher Besitzer sein. Vielleicht schon, wenn er den sechsten Teil der zum Bau und Erwerb nötigen Gesamtsumme eingezahlt hat. Also in dem hier vorgezeichneten Falle nach 2 Jahren, wenn es dem Bauverein gelingt, billige Hypothekengelder zu erhalten. Das letzte Zeit liegt also für den Siedlungsvereinen in dem Zeitraum zwischen dem Erwerb der Mitgliedschaft im Bauverein und der Fertigstellung seines

Hauses. In dieser Zeit muß er nicht nur den Sparteiltrag aufbringen, sondern auch noch die meistens erhöhte Wohnungsmiete an seinen Hauswirt zahlen. In dieser doppelten Last scheitern die meisten Arbeiterfamilien. Dazu kommt, daß der Siedlungsvereine in der Zeit zwischen Grundstücksenerwerb und Hausbau doch auch das Land ausmieten will und muß. Er muß also von seiner städtischen Wohnung flüchten und eine neue, wenn auch noch so unangenehme, in dieser Zeit meistens nur mangelhaft sein kann, da es an der Dämmung fehlt.

Für die Beseitigung des zurzeit bestehenden Wohnungsmangels werden also diese vielen neugegründeten Siedlungsvereine in großem Umfange nicht in Betracht kommen, wenn nicht durch besondere Gesetze schleunigt nachgeholfen wird. Auch die Bewilligung von sogenannten Uebertragungszuschüssen wird daran wenig ändern; denn wie wir in den vorliegenden Sätzen zeigten, für die meisten Arbeiterfamilien besteht keine Aussicht, den nach den Friedenspreisen nötigen Betrag in kurzer Zeit aufzubringen. Vorläufig ist das Hauptergebnis dieser Bestrebungen, daß die ländlichen Grundbesitzer trotz aller schönen Reden von Sozialisierung, Bodenreform usw. recht hohe Preise für das bisherige Ackerland erhalten. Dadurch wird natürlich das Bauen erschwert, anstatt daß es erleichtert werden sollte. Der Betrag von 500 Millionen Mark, den die Nationalversammlung für Uebertragungszuschüsse ausgeworfen hat, ist fast aufgebraucht, ohne daß es gelungen wäre, auch nur den zehnten Teil des Bedarfs damit zu decken. Jeder Bauwurstige, der den Zuschuß noch nicht erhielt, wird damit rechnen müssen, daß er ganz auf eigene Kosten bauen muß. Das kann natürlich jetzt nur ein Kriegs- oder Revolutionsgewinnler ersten Ranges. Arbeiter werden sich das versagen müssen, sie müßten sonst ihre zukünftige Wohnung zu einem Jahrespreis von M. 1200 bis M. 1800 berechnen, ausschließlich Fahrgehd. Ein solcher Betrag würde aber zusammen mit den voraussichtlich recht hohen Steuern die Hälfte bis zwei Drittel ihres Einkommens aufzehren. Auf diesem Wege können wir also nicht zu gefundenen Verhältnissen, vielmehr würde das zweite Uebel schlimmer als das erste sein.

Nun sollen und müssen aber jetzt Wohnungen geschaffen werden. Wird zu diesem Zweck die Bauaktivität in den Städten lebhafter in Angriff genommen, so wird man damit für die nächsten Jahre allerdings Wohnungen schaffen, aber nach dem alten Schema. Die Klagen aber werden nicht aufhören, die Sehnsucht nach dem Häuschen im Grünen ist damit nicht gestillt. Diese wird sich dann, wenn das Bauen wieder billiger geworden ist, darin äußern, daß draußen intensiver gebaut wird. Daraus entfließt dann die Gefahr, daß ein großer Teil der Stadtwohnungen leer wird. Das darin angelegte Kapital wäre verschwendet. Unter diesen Umständen sollten Staats- und Stadtoberverwaltungen in erster Linie dafür sorgen, daß die Kleinansiedlung möglich wird, ohne daß den Anwesenden das Geshenft einer zukünftig über seine Verhältnisse teuren Wohnung zurückschrecken könnte. Unseres Erachtens ist dazu nötig, daß der Staat von dem Entgeltungsrecht am Boden den weitgehendsten Gebrauch macht. Solange er sich nicht zur vollständigen Ueberführung alles Grund und Bodens aus dem Privateigentum in das der Allgemeinheit entschließen kann, dürfte in keinem Falle für das Siedlungsland mehr bezahlt werden wie seinem Durchschnittswert als Ackerland entspricht. Selbst die Bezahlung als Gärtnerland, wie es in der Umgebung der Großstädte vielfach geschieht, ist ein unberechtigtes Geshenft an die derzeitigen Besitzer. Der so enteignete Boden müßte Eigentum des Staates oder der Gemeinde bleiben, ebenfalls die darauf erbauten Häuser entweder ganz oder doch zum Teil, wenn man nicht vorzieht, das Besitzrecht den Siedlungsvereinen zu übertragen. In diesem Falle müßte Vorbezug getroffen werden, daß jeder zukünftige Gewinn durch Verkauf ausgeschlossen wäre, und daß das Besitzrecht bei einer etwaigen Auflösung der Genossenschaft an Staat oder Gemeinde zurückfällt. Das letztere ist notwendig, um auch den Erwerbsfähigen, die in die Lage kommen können, aus beruflichen Gründen ihren Wohnort wechseln zu müssen, die Wohlfahrt einer derartigen Wohnung



zukommen zu lassen, ohne sie zugleich durch die Bindung an die Scholle materiell zu schädigen, wie das beim sogenannten Eigenheim unbedingt in vielen Fällen geschehen muß. Man kann trotz dem auch bei denjenigen Mietshäusern dem Mieter die Instandhaltung usw. auferlegen, so lange er das Haus bewohnt. Man kann Bestimmungen treffen, die ihn vor ungerechtfertigter Kündigung schützen, kann ihm auch sonst weitgehende Rechte an Wohnung und Grundstück einräumen, ohne ihn unter allen Umständen zu fesseln. Wir glauben, daß in dem Artikel „Ein praktischer Vorschlag zur Sozialisierung des Wohnungswesens“, den wir in Nr. 28 des „Grundstein“ brachten, Fingerzeige gegeben sind, wie dies praktisch durchzuführen wäre. Auf dem Wege der Wohnungsgenossenschaften wäre es auch möglich, die Preise für neuerrichtete Wohnungen mit denen der alten Wohnungen in Einklang zu bringen. Jedenfalls werden alle, die eingehend über die Sache nachdenken, zu der Überzeugung kommen müssen, daß die Bau- und Siedlungsvereine zwar manches an dem bestehenden Wohnungswesen verbessern können, daß aber ihre Macht und ihr Einfluß nicht weit genug reichen, um auch nur einen größeren Bruchteil unseres Volkes das erste Heim verschaffen zu können. Es ist Tatsache, daß auch diese Bewegung, die auf edlen Beweggründen beruht, den Grundstücksbesitzern und -spekulantem vorläufig zur Erfüllung ihres Scharfs befehlen muß, weil unsere Gesetzgeber sich nicht zu wirklich durchgreifenden Taten entschließen können.

Die Schaffung von Schnellbahnen muß mit der Siedlung Hand in Hand gehen. Und die Beförderung auf diesen Verkehrsstraßen muß billig sein. Der fiskalische Standpunkt darf bei ihrem Betrieb nicht zum entscheidenden Faktor werden, denn es nützt uns als Arbeiter gar nichts, wenn wir den Genuss, außerhalb der Stadt wohnen zu können, mit einem übermäßigen Aufwande an Zeit und Geld bezahlen müssen. Selbst diese schnelle und billige Verkehrsverbindung, so werden die Siedlungskolonien verkümmern. Gesunde und freundliche Wohnungen sind neben der Nahrung das Wichtigste dessen wir bedürfen. Die Bevölkerung erwartet mit Ungeduld, daß die Gesetzgeber endlich von den salbungsvollen sozialen Reden zu sozialen Taten schreiten. Wer dafür eintritt, daß durch die Vergabe von billigen Baugeländen und Baukosten die Siedlung beschleunigt wird, der schafft nicht nur zufriedene Einwohner, sondern auch Arbeit für unsere Kollegen und andere Arbeitergruppen. Es ist uns schon sehr oft gesagt worden: Nur Arbeit und nochmals Arbeit kann uns retten! Sehr gut! Gesetzgeber! Schafft uns Arbeit, indem ihr von sozialen Reden zu sozialen Taten schreitet. Laßt euch nicht durch tausend kleinliche Bedenken ablenken und packt endlich feste zu!

Der zehnte Gewerkschaftskongreß.

In ihrem Referat über die Organisation der Arbeiterinnen verwies Gertrud Hanna auf die Aufstellung der Frauen durch den Krieg und auf das Nachsehen der weiblichen Mitglieder in den Gewerkschaften. Sie besprach die zum Teil feindselige Haltung der männlichen Arbeiter gegen die arbeitenden Frauen. Müssen sich die Frauen gegen die Arbeitenden wehren, darunter solche, die jahrelang in den Geschäften gewesen sind. Auch die schlechte Bezahlung der Frauen wurde von Gertrud Hanna kritisiert. Sie verlangte für die Frauen bei gleicher Leistung gleichen Lohn mit den Männern und trat überhaupt für die volle Gleichberechtigung der Männer und der Frauen ein. Was

ihren weiteren Ausführungen ging hervor, daß die Aufgabe der „Gewerkschaftlichen Fraueneinigung“ bereits auf 375 000 gestiegen ist.

In der Diskussion wurde unter anderem gewünscht, daß die Frauen in der Gewerkschaftsbewegung mehr zur Geltung kommen möchten. Es wurde darauf hingewiesen, daß unter den 644 Delegierten nur 6 Frauen seien, und es wurde ferner gewünscht, daß die Gewerkschaften mehr Frauen anstellen möchten. Dem wurde von mehreren Referentinnen entgegen, daß leider immer noch großer Mangel an agitatorisch befähigten Kräften in den Kreisen der weiblichen Mitglieder herrsche. Nach kurzer Aussprache stimmte der Kongreß einstimmig einer Resolution Gertrud Hanna zu, die die intensivste Auffklärungsarbeit zur Gewinnung der arbeitenden Frauen für die gewerkschaftlichen Organisationen fordert. Das Wirken für gleiche Bezahlung von Männern- und Frauenarbeit bei gleicher Leistung wird in der Resolution für selbstverständlich erklärt. Außerdem wird darin ausgesprochen, daß die Frauen ein Recht auf Arbeitsplätze haben, die ihrer Eigenart, ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechen. Frauenfeindliche Bestrebungen bei Einstellungen und Entlohnungen sollen die Gewerkschaften bekämpfen. Ebenso einstimmig nahm der Kongreß zwei weitere Anträge an, durch die die Resolution Gertrud Hanna noch ergänzt wird.

Der Kongreß behandelte die Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften und die Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte. Beipart begründete die von der Vorstandskonferenz vorgelegten Richtlinien. Er verwies auf die Bestrebungen und Ertragschaften der Gewerkschaften, die durch die Revolution gewaltig gefördert worden seien. Die Gewerkschaften seien für die Fortführung der Revolution und für die Einführung des Sozialismus, freilich nicht durch Zwang und wilde Streiks, sondern auf dem Wege der Demokratie. Aufgabe der Gewerkschaften werde es sein, die Revolution auf wirtschaftlichem Gebiet zu vollenden und den Sozialismus durchzuführen zu helfen. Beipart forderte die Selbstverwaltung der Wirtschaft, für die die politische Gesetzgebung nur einen allgemeinen Rahmen geben dürfe. Die Selbstverwaltung solle ausgeübt werden von den Betriebsräten, den örtlichen und bezirkslichen Arbeiterräten und den aus Arbeitern und Internen zusammengefügten Wirtschaftskammern. Diese, nicht die Gewerkschaften, seien die Träger der Produktion sein. Über die wirtschaftlichen Aufgaben der Arbeiterräte hinaus könne der Gewerkschaftskongreß kein Programm aufstellen zur Festlegung von Richtlinien; über die politische Tätigkeit der Räte sei er nicht zuständig. Entschieden wurde sich Beipart gegen die Auffassung, als ob nach der Einführung der Räte die Gewerkschaften nicht mehr nötig wären. Die Räte seien kein Mittel, sondern, und besonders die Betriebsräte würden ihre Aufgabe nur erfüllen können, wenn starke Gewerkschaften hinter ihnen stünden.

Das Korreferat zu diesem Punkt hielt Richard Müller, Berlin. Ihm ist Beipart nicht revolutionär genug. Deutschland gleiche heute einem Zimmerhaufen. Zu besseren Zuständen könnten wir nur durch rasche Arbeit kommen. Wir müßten wieder Werte schaffen; die Arbeitslosen und Arbeitslücke müßten wieder geweckt werden. Das sei aber nur möglich durch die vollständige Umsetzung unseres wirtschaftlichen und staatlichen Organismus, durch die Wöpfung der heutigen Demokratie und

die Einführung der Räteherrschaft. Was die Generalkommission wolle, sei nur die Fortbildung dessen, was im Stillschließungsbescheid enthalten war. Die Generalkommission sei, wenn auch unbedeutend, zur Sozialwalterin des Kapitales geworden. Auch der Gesetzentwurf der Regierung sei ein Schutzgesetz für die Internernehmer. Müller gab schließlich zu, daß die heutige kapitalistische Wirtschaftsweise nicht von heute auf morgen in eine sozialistische umgewandelt werden kann. Er legte dem Kongreß Richtlinien vor, in denen die Richtlinien der Generalkommission verworfen werden und die in übrigen den Aufbau der Räteorganisation unter völliger Ausschaltung der Internernehmer vorzuziehen.

Der Kongreß beschloß nun, zunächst noch die Referate zum nächsten Punkt der Tagesordnung: „Die Arbeitsgemeinschaft der Industriellen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“ entgegenzunehmen und dann über beide Punkte gemeinsam zu diskutieren, weil beide Punkte eng miteinander zusammenhängen.

Das Referat über die Arbeitsgemeinschaft erstellte G. G. G. G. Er trat lebhaft für den Ausbau der Arbeitsgemeinschaft ein, die die konsequente Fortführung der Tarifvertragspolitik der Gewerkschaften seien. Die Arbeitsgemeinschaften trächten die Anerkennung der vollständigen Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Arbeitgebern. Mit ihnen werde verwirklicht, was die Gewerkschaften schon seit Jahrzehnten angestrebt und was sie durch den Abschluß von Tarifverträgen schrittweise errungen hätten. Die Arbeitsgemeinschaften seien bis zur Durchführung der Sozialisierung notwendig. Die Arbeiter allein könnten heute die Wirtschaftsprobleme noch nicht lösen; sie hätten dazu nicht die nötigen Kräfte und bedürften deshalb der Mitarbeit der Internernehmer. Damit sei nicht gesagt, daß das, was heute von der Vorstandskonferenz vorgeschlagen werde, etwas Endgültiges sei. Wenn sich die Arbeiter selbst die genügende Sachkunde angeeignet hätten, dann könnte man weitergehen. Zu verlangen sei allerdings in den Arbeitsgemeinschaften die strikte Parität.

Richard Müller, der auch zu diesem Punkte das Korreferat hielt, lehnt die Arbeitsgemeinschaften ab. Er will keine Zusammenarbeit von Arbeitern und Internernehmern. Was wurde der Tag kommen, wo die Arbeiter doch die ganze Wirtschaft übernehmen müssen. Man solle deshalb die Räte heute schon zu Trägern der Produktion machen. Das Deutsche Reich soll eine Räteherrschaft werden, die zentral verfaßt wird. Es soll gegliedert werden in Wirtschaftszonente. Die Produktion selbst soll sich gliedern in 13 Industrie- und Berufsgruppen. In jeder dieser Gruppen soll sich die Organisation der Arbeit aufbauen auf den Betriebsräten, bis zu einer Reichsgruppenorganisation. Die Reichsgruppenräte sollen aus ihrer Mitte Vertreter in den Reichswirtschaftsrat wählen. Dieser soll sich zu gleichen Teilen zusammensetzen aus Vertretern der Industrie- und Berufsgruppen und aus Vertretern der Organisation des Konjunks. Die Leitung des Reichswirtschaftsrats sollen die Beauftragten des Zentralrats der deutschen Republik führen.

Bei Verwirklichung dieser Vorschläge wäre für ein allgemeines Wahlsystem hervorzuheben, auf den Grundrissen der Demokratie beruhendes politisches Parlament sein Platz mehr vorhanden, wir hätten dann die Diktatur des Proletariats. Diese lehnten in der kurzen Diskussion

Das Wort.

Im Anfang war das Wort. Liegt eine besondere Bedeutung in diesem Begriff? Oder ist es zu verstehen in seinem schlichten, natürlichsten Sinne? Es ist gleich im Anfang zu sein ist fähig das Wort; es ist im Anfang, der erste Beginn zu sein zu Gelingen und Gelingen. Wer je in Versammlungen einmal dem Worte lauschte, der je einmal fühlte das Wort, der weiß, wie große Macht es hat. Es kann führen zum traurigsten Untergang wie zu den herrlichsten Höhen, und es ist um so wirksamer, um so packender und zwingender, je mehr es nicht der Mund spricht, sondern das Herz. Und wenn das Herz spricht, dann führen wir das Wort, dann bringt es auch uns ein Herz und wirkt umgestaltende Wunder.

Aus dem Herzen aber kann nur kommen ein Wort, das hinaufreißt zu einer neuen edleren Welt, zu einer Welt, in der alle die Worte dauernd wohnen, die man heute nur in seinen heiligsten Stunden fühlt, und je reiner und sonniiger die erlebten Gefühle, um so mehr vermag der Mensch alle die Zukunftsworte seines Innern, all diese Reime der neuen werdenden Welt hineinzulegen in sein werdendes Wort, sie führen zu lassen und damit der Zukunft ganzes Glück die Hörenden.

Zukunftsklänge sind es, die das begeisterte Wort in empfindlichen Menschenherzen fügen läßt. Zukunftsgeist atmet der lauhende Mensch. Und darum kann kein Wort größere Seligkeit erwecken in einer stillen Menschenherz, als das Wort, das aus innerem Innern voll heiligster Glut hinabdringt zu der stillen, geistigen und stillen Fülle der von uns erlebten freien Arbeitswelt. Aus den tiefsten Tiefen steigen die Gefühle in den höchsten

Regionen, und ein großes, poehendes Erleben umfaßt sie alle, den Sprechenden wie die Hörenden, ein Jauchzen und ein Hoffen und ein frohlockendes Ahnen. Das streitende Wort gebiert verklärend einen Geisteshorizont freierer Seligkeit: Raht uns leben der Liebe; nur sie macht glücklich; nur dieser unserer werdenden Wubruwelt genügt darum unser Herz!

Bau- und Isoliersteine aus Torf.

ATK. Baumaterialien aus Torf und erhaltenden Bindemitteln sind bereits seit längerer Zeit bekannt; so hat man namentlich Platten zur Wandbeläugung wie zur Dachdeckung aus Torf gepreßt, zum Schutz gegen Feuchtigkeit mit einer warmen Mischung von Teer und Asphalt getränkt, und schließlich getrocknet, um das Zusammenfallen der Platten zu verhindern. Eine Hauptschwäche dieser Platten, die Korrosionsneigung, weichen jedoch zu machen. Nach einem neueren Verfahren werden getrocknete Torfplatten mit Kalkmilch getränkt, gewalzt oder gepreßt und mit Wasserlauge imprägniert. Zur Steigerung der Festigkeit erhalten diese Platten Einlagen aus Sand, Gestein, Hanf, Zerkleinert usw. Die Wasserlauge oder Gestein werden mittels Teer, Asphalt, Wasserlauge, Sand, Holz oder anderen Materialien beschichtet, dann kommt die zweite, mit dem Bindemittel beschichtete Platte darauf und nun werden beide in der Presse zu einer einzigen Platte vereinigt.

Es sind ferner Baumaterialien bekannt, die aus einer Mischung von Torf mit Zement, Kalk, Gips oder dergleichen gepreßt werden, bisweilen unter gleichzeitiger Verwendung der Wasse. Diese Steine sind aber nicht wasserfest; namentlich tritt bei Steinen, die aus nassem Torf hergestellt sind, ein sehr rascher Zerfall ein, weil im Torf

bestandteile enthalten sind, die das Abbinden des Zementes begünstigen und das sonst angewendeten Bindemittels hindern oder dieses zerstören. Selbst lufttrockener Torf, Torf, muß, ergibt durch Mischung mit Zement und Zusatz des zum Abbinden erforderlichen Wassers einen weicherbeständigen Stein.

Eine Verbesserung des Verfahrens zur Herstellung von Bausteinen aus Torf und erhaltenden Bindemitteln, wie Zement, Kalk usw., wurde Wilhelm Schüb in Königshagen patentiert. Nach seinem Verfahren wird der Torf zunächst durch Pressen entwässert, dann fein zerrieben und mit dem Bindemittel innig vermischt, worauf die Masse geformt wird und an der Luft trocknet und abbindet. Die Entwässerung des Torfes dient dem Zweck, die chemischen Bestandteile, die das gute Abbinden der Mischung verhindern, so weit als möglich zu entfernen. Es darf aber nur so weit getrieben werden, daß der Torf noch die für das Ursinken des Bindemittels erforderliche Feuchtigkeit beibehalten bleibt. Nach der Patentchrift erhält man auf diese Weise einen Stein, der allen Witterungseinflüssen dauernd widersteht. Man erzielt eine genügende Festigkeit des Steines, im Gegenfall zu anderen Verfahren, auch ohne Pressen der Mischung. Selbstverständlich wird man unter Anwendung von Druck die Festigkeit des Steines steigern können. Je nach der Beschaffenheit des Bindemittels kann man auch ein größerer oder geringeres Quantum Sand zusetzen, namentlich wenn die Steine gepreßt werden. In 6 bis 8 Stunden finden sie an der Luft vollständig ab und können nun ohne weiteres Verwendung finden. Sie sind nur etwa halb so schwer wie gewöhnliche Mauersteine; man kann sie aber auch als Hohlsteine formen und so ihr Gewicht noch erheblich vermindern.

Ein anderes Verfahren, das Karl Marx in München patentiert worden ist, bezieht namentlich die Herstellung guter Mauersteine. Der Torf wird vor seiner Verarbeitung zu Muff einem Aufschlammungsprozeß unterworfen. Die

die Sprecher der Kongressmehrheit ab, wobei auch scharfe Kritik geübt wurde an dem Zentrismus, den Anhänger der Opposition dort ausübten, wo sie in der Mehrheit sind. In seinem Schlußwort hat Richard Müller die von seiner Seite immerhin recht bemerkenswerte Anerkennung, der Ausbau des Ratesystems werde vielleicht ja zugehört sein. Er hat dann gesagt, die schwere praktische Arbeit, die uns Schritt für Schritt vorwärts bringe, sei die einzige Möglichkeit zur Verwirklichung des Sozialismus. Leipziger hat darauf hin, daß für die Gewerkschaften revolutionäre Taten wichtiger seien als revolutionäre Worte, an revolutionären Taten hätten es aber die Gewerkschaften schon vor dem Kriege nicht fehlen lassen. Als die Gewerkschaften feierlich die ersten Tarifverträge schloßen, hätten sich die Sozialisten und Anarchosozialisten dagegen mit der Behauptung gewandt, die Tarifverträge wären antirevolutionär, sie wären Schutzgehege für die Unternehmer. Heute trage die Opposition gegen die Arbeitergemeinschaft die gleichen Argumente vor. Er hoffe bestimmt, daß die Arbeiterbewegung mit den Männern, die bis vor kurzem noch im Zeichen des gleichen Wahlsrechts stehen wollten, eine neue Klassenbewegung aufzubrechen wollten, ebenso fertig werde, wie sie früher mit den Sozialisten und Anarchosozialisten fertig geworden sei.

Bei der Abstimmung über diese Punkte hielt es die Opposition für gut, nochmals eine neue Kraftprobe zu machen. Sie beantragte, obwohl man schon weit im vorletzten Kongressstag war und noch 8 weitere Punkte auf der Tagesordnung standen, über einige Anträge namentliche Abstimmung. Diese wurde, nachdem die Richtlinien der Vorstandskonferenz in einfacher Abstimmung angenommen waren, bei der Abstimmung über die Aufgaben der Betriebsräte und bei der Abstimmung über die Resolution Cohen, betreffend die Arbeitergemeinschaften, auch vorgenommen. Dabei wurden die Richtlinien der Vorstandskonferenz über die Aufgaben der Betriebsräte nach einer kleinen Änderung mit 407 gegen 192 Stimmen und die Resolution Cohen, betreffend die Arbeitergemeinschaften, mit 420 gegen 181 Stimmen angenommen. Das Abstimmungsergebnis war also im wesentlichen das gleiche wie bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum für die Generalkommission. Nur eine kleine Zahl von Delegierten hat anders gestimmt. Die Resolution Cohen hat folgenden Wortlaut:

Der größte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erbringt in den Arbeitergemeinschaften die konsequente Fortführung der Tarifvertragspolitik der Gewerkschaften. Die Arbeitergemeinschaften bedeuten die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter und sind geeignet, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und die kollektive Regelung des Arbeitsrechts zu verwirklichen. Die Arbeitergemeinschaften dienen diesem Zwecke überall dort, wo die Privatwirtschaft nicht durch eine sozialistische Wirtschaftsweise ersetzt ist.

Unter der Voraussetzung, daß den Arbeitnehmern in allen Institutionen der Arbeitergemeinschaften, sowie bei allen Verhandlungen und in allen Körperlichkeiten, die dem Aufbau und der Förderung unserer Wirtschaftsliebenden dienen, volle Parität mit den Unternehmern gewährleistet wird, empfiehlt der Kongress allen Gewerkschaften die Beteiligung an der Tätigkeit der Arbeitergemeinschaften.

Der Kongress nimmt ferner gegen wenige Stimmen folgender Resolution Beschluß zu:

Der größte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erklärt: Aus Rücksichtnahme des Vorkriegsbaus und Betriebsräte vom 15. Mai 1919, daß der Entwurf in wichtigen Teilen nicht allen Erwartungen entspricht, die Berechtigtenweise an ein Gesetz über Errichtung von

Betriebsräten gestellt werden können. Unsere Vertreter werden ersucht, an der Ausgestaltung der Vorlage mitzuwirken, um ein brauchbares Gesetz zur Verwirklichung der Interessen der Arbeitnehmer zu schaffen. Nur wenn das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in allen Arbeitsverhältnissen in der Vorlage zum Ausdruck kommt, darf die Zustimmung der Arbeitervertreter erfolgen.

Mit der Ausnahme der Richtlinien der Vorstandskonferenz und der Resolution Cohen waren die Richtlinien der Opposition und einige andere Anträge erledigt. Ein Antrag Wiebel und Genossen will, daß an der paritätischen Arbeitergemeinschaft nur solche Angestelltenorganisationen mitwirken sollen, die erstens aus den Arbeitnehmern des betreffenden oder verwandten Berufes bestehen und die Arbeitnehmer ohne Unterschied des Geschlechts, Glaubensbekenntnisses und der Partei aufnehmen, und die zweitens im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation anerkennen. Dieser Antrag wurde dem Ausschuss des Gewerkschaftsbundes zur Berücksichtigung überwiesen.

Es folgte nun die Beratung der Satzungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Satzung als Berichtslatter begründete den Entwurf der Vorstandskonferenz. Nach dem Entwurf werden die bis heute der Generalkommission angehörenden gemeinsamen Gewerkschaften zu einem Bund zusammengefaßt, wobei sie allerdings ihre volle Selbständigkeit behalten. Andere Gewerkschaften, die die Bundesatzungen und die Beschlüsse der Gewerkschaftskonferenzen anerkennen und die keine Konkurrenzorganisation einer schon angefaßten Gewerkschaft darstellen, können dem Bunde beitreten. Der Bund erhebt von den angefaßten Gewerkschaften auf jedes ihrer Mitglieder einen Beitrag von vierterjährlich 5 S. Der Bundesvorstand besteht aus 15 Mitgliedern, von denen 7 besoldet und 8 unbesoldet sein müssen. Die Bundesausgabe wird aus je einem Vorstandsdirektor jeder angefaßten Gewerkschaft gebildet. Jedes dritte Jahr soll ein Gewerkschaftskongress stattfinden. An den einzelnen Orten sollen aus den Ortsverwaltungen Ortsausschüsse des Gewerkschaftsbundes gebildet werden, die die gemeinsamen Interessen der Mitglieder an Ort zu vertreten haben. Ueber die Aufgaben des Gewerkschaftsbundes im einzelnen wie auch über die Aufgaben der Ortsausschüsse sind in den Satzungen ausführliche Bestimmungen enthalten.

Vor Eintritt in die Beratung dieses Punktes mußte der Kongress grundsätzlich darüber entscheiden, ob er den Gewerkschaftsbund überhaupt begründen und seine Satzungen in Kraft setzen solle. Segemann, Hamburg, beantragte nämlich die Einberufung einer Kommission, die die Schaffung einer gewerkschaftlichen Einheitsorganisation in der Wege seien und einem im Jahre 1920 einzuberufenden Gewerkschaftskongress bestimmte Vorschläge machen sollte. Er wollte zwar die berufliche Gliederung der Gewerkschaften beibehalten lassen, aber daß alle Berufsgruppen in einem Bunde fest vereinigen, einheitliche Mitgliedsbücher, einheitliche Beiträge und Unterstützungen und vor allem auch eine einheitliche Verwaltung schaffen, um auf diese Weise Zeit und Material zu sparen und die Grenzgleichheiten aus der Welt zu schaffen. Der Kongress lehnte diesen Antrag ab und beschloß damit grundsätzlich die sofortige Schaffung des Gewerkschaftsbundes nach dem Plane der Vorstandskonferenz.

Zum Entwurf der Vorstandskonferenz lagen zahlreiche Anträge vor, die von den Antragstellern oder ihren Beauftragten einzeln begründet wurden. Einige dieser Anträge liefen auf die Schaffung von Betriebsorganisationsformen hin aus, das heißt, auf eine Organisationsform, die die Arbeiter nach Betrieben ohne Rücksicht auf den Beruf der Arbeiter in sich vereinigt. Es dürften danach die in Gemeindebetrieben beschäftigten Maurer oder Buchdrucker nicht mehr dem Bauarbeiter- und Buchdruckerverband angehören, sondern nur noch dem Gemeindearbeiterverband, alle in Fabrikbetrieben beschäftigten Bauarbeiter dem Fabrikarbeiterverband usw. Nach einem Antrag der Bergarbeiter sollte für alle Arbeiter, die Mitglieder einer Knappschaftsklasse sind, der Verband der Bergarbeiter die allein zuständige Organisation sein. Andere Anträge, darunter ein Antrag des Dachdeckerverbandes, verlangten die Schaffung von großen Industrieverbänden, zum Beispiel eine einheitliche Organisation für das gesamte Baugewerbe. Im Sitzungsentwurf der Vorstandskonferenz ist ausgesprochen, daß sich die gewerkschaftliche Entwicklung „in der Richtung des Zusammenschlusses zu großen leistungsfähigen Verbänden vollziehen muß“ und daß die fortschreitende Technik die Zuführung aller ungelehrten Hilfsarbeiter und -arbeitern zu den für sie zuständigen Berufs- und Industrieverbänden notwendig macht.

Am Freitagabend, kurz vor Ende der Tagungszeit, beschloß der Kongress, mit der Begründung der Anträge Schluß zu machen und eine Kommission einzusetzen, die noch an demselben Abend sämtliche Anträge beraten und dem Kongress an anderen Morgen Vorschläge machen sollte. Um der Kommission gewisse Richtlinien zu geben, führte die Kongressleitung eine grundsätzliche Abstimmung darüber herbei, ob die Betriebsorganisation oder ob Berufs- und Industrieverbände angelehrt werden sollen. Der Kongress entschied sich mit großer Mehrheit für Berufs- und Industrieverbände. Der Kongressleiter sprach jedoch aus, daß dieser Beschluß nichts Unwiderstehliches und Endgültiges ist. Die Gewerkschaften seien, wo bisher, so auch fernerhin befreit, die Organisationsformen den Verhältnissen anzupassen.

Am Sonnabend hatte der Kongress noch eine sehr umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Außer dem Sitzungsentwurf für den Gewerkschaftsbund standen noch fünf Punkte aus. Der Rest der Tagesordnung mußte deshalb im Eiltempo erledigt werden. Der Kongress nahm zunächst den Bericht der am Abend zuvor eingesetzten Kommission entgegen und nahm dann, entsprechend den Vorschlägen der Kommission, den von der Vorstandskonferenz vorgelegten Sitzungsentwurf mit wenigen Änderungen gegen etwa 70 Stimmen an.

Es folgte dann die Wahl des Bundesvorsitzandes. Dazu lag außer der von der Vorstandskonferenz aufgestellten Liste auch eine Liste der Opposition vor. Die Liste der Vorstandskonferenz wurde mit großer Mehrheit gewählt.

Darauf hielt Lubrecht ein fast zweistündiges Referat und nach der Mittagspause Rudolf Silberding sein etwa einstündiges Referat über die Sozialisierung der Industrie. Der von den Kommunisten vorgelegene zweite Korreferent, Kollege Sedert aus Chemnitz, war bereits abgereist, und G. Schmidt, Berlin, der zu demselben Punkt über „Landwirtschaftliche Produktion und Ansfeldung“ sprechen sollte, verzichtete

Soben werden auf freiem Boden gelagert und einem gründlichen Gefrieren ihres Eigenwassers ausgesetzt. Hierzu werden sie getrocknet und in einem Reisschiff oder einer Wulmühle zu Muhl verarbeitet, der, je nach Gefordertem, in Form von Hegen, Platten oder in sonst geeigneter Weise gegreist wird. Der Gefinder hat festgestellt, daß die durch Frost aufgeschlossene Faser wesentlich andere Eigenschaften besitzt als das aus getrockneter Faser erzeugte Muhl. Die aufgeschlossene Faser ist nicht brennbar, vermag nur noch zu glimmen und besitzt eine wesentlich höhere Zylinderfestigkeit als Formmuhl. Nur dieser durch Ausfrieren aufgeschlossene Faser ergibt haltbare Korsteine, während das lediglich durch Verfüllung geformte Muhl nur als Füllmaterial, zum Beispiel zur Füllung von Stößen, Verwendung finden kann. Der Gefinder beschreibt folgende Ausführungsform des Verfahrens: Man erzeugt feinständige und feste Faser und Bauelemente dadurch, daß das durch den Aufschließungsprozess gewonnene Muhl mit Bindemitteln, zum Beispiel Zement, unter Zufuß von Wasser, innig vermischt wird. Die zum Abbinden erforderliche Feuchtigkeit kann auch im Bindemittel schon enthalten sein, so zum Beispiel bei Verwendung von Kalzinat oder Wasserzement. Man hat nun zwar auch aus dem gewöhnlichen Muhl durch Zufuß von Bindemitteln Steine hergestellt; sie sind aber sehr wenig haltbar und werden häufig schon während des Trocknens und Abbindens mürbe und zerfallen. Der Grund besteht darin, daß die Faser bei der Abgabe von Feuchtigkeit einsumpft und bei Aufnahme von Feuchtigkeit aufquillt. Es tritt also bei diesen Steinen ein Zerfallen entweder dadurch ein, daß die in der Mischung gewonnene Faser bei der Trocknung infolge Schrumpfung den Verband zwischen sich und den Bindemitteln zerläßt, oder dadurch, daß die im Stein trockene, geschrumpfte Faser infolge Feuchtigkeitsaufnahme aufquillt und so die Verfestigung des Verbandes herbeiführt. Die nach den neuen Verfahren hergestellten Steine haben aber dauernden Bestand, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß infolge des Ge-

frierens des Eigenwassers die Zellwände der Fasern zerprengt werden und so ihre Schrumpfung- und Quellungvermögen beseitigt wird. Derartige Steine sind zu allen Zylinder- und Baugliedern geeignet, für die bisher Korsteine Verwendung fanden.

Herstellen von Dachsteinen auf der Baustelle.

Von Friedrich Gulß, Architekt.

ATK. Während des Krieges hat die Bauwirtschaft fast vollständig geruht; wir haben sehr viel, sehr viel nachgeholt, und die Wohnungsnot wird immer dringender. Warum werden denn nun die Wohnhausbauten nicht in der bisher dringend verlangten Maß? Weil wir uns in einem geradezu fürchterlichen Baustoffmangel befinden. Mit den hohen Preisen der Baustoffe hat man sich schon einigermassen vertraut gemacht; viele der notwendigen Baustoffe sind aber fast gar nicht zu haben, und das gilt namentlich von Zement- und Dachziegel.

Nur zwingt nun die Notwendigkeit, eine weit größere Aufmerksamkeit als bisher den kleinen Maschinen zuzuwenden, die die Herstellung gebrauchsfähigen Materials auf der Baustelle gestatten. Der Kriegseinsatz hat man diesen Maschinen in Deutschland sehr wenig Aufmerksamkeit geschenkt; man konnte Ziegel, Kalksteine, Zementplatten usw. in reichlicher Fülle und zu mäßigem Preise aus der Fabrik beziehen — warum sollte man sich da mit der Selbstanfertigung plagen? Recht ist das anders. In Hunderten und Tausenden von Fällen wird die Selbstanfertigung derartiger Steine den einzigen Ausweg aus der Not bilden.

In wohl einfacher Weise mit ungelehrten Arbeitern selbst herzustellen ist komplizierte Baugegenstände, wie zum Beispiel mit Ziegeln, Mäulern und Kalzen verlegene Dachsteine hergestellt werden können, genügt mit zwei von

Hand betriebene Zement-Dachstein-Maschinen, die auf der Ausstellung „Sparjame Baustoffe“ (Berlin) in Tätigkeit vorgeführt wurden. Diese A M B I - Dachstein-Maschine, die verschiedene Dachsteinformen erzeugen kann (zum Beispiel Wuldenfalzziegel, Wuldenfalz-Kronenziegel und Wuldenfalz mit Seitenfalz), arbeitet mit einer, die Form überdeckenden Schlagplatte, die den feuchten Zementbeton (1 Teil Zement, 3 Teile Kiesand) feucht verarbeitet und so dicht schlägt, wie dies zur Erzielung besserer Dachsteine unbedingt notwendig ist. Der pulverartige Zement wird hierbei in die Oberflächenschicht des Dachsteins mit hineingepreßt und bindet mit der Zementmasse ab; die Färbung ist also so dauerhaft wie der Körper selbst. Wird der Beton richtig aus 1 Teil Zement und 3 Teilen Kiesand gemischt und entsprechend feucht gehalten, so erhält man nach jeder Richtung hin laubelose Dachsteine, ohne daß bei der nachfolgenden Herstellung an Dachsteinmäulern, Aufnahmefähigkeit und Kraft des Arbeiters besondere Anforderungen gestellt werden.

Eine bezahlte Maschine, die die Firma auch zu beschaffende hat, hat zum Einsetzen der Unterlagsplatten (steif) dürfte sich nicht nur für Bau-, Maurer- und Dachdeckermeister, sondern auch für größere landwirtschaftliche Betriebe eignen, die sich auf diese Weise nicht nur das Material für Reueinrichtungen, sondern auch für Reparaturen aller Steinbauten herstellen können. Diese werden sehr kostspielig, wenn man das Material erst aus größerer Entfernung beziehen muß. Der größte Schaden entsteht aber in der Regel dadurch, daß in Rücksicht auf die großen Umstände die Dachreparaturen vernachlässigt werden, so daß sich der Schaden mehr und mehr ausbreitet, Regen und Schnee eindringen, die Wälfenlagen und Wände durchfeuchten und schließlich Gut vernichten. Die Not der Zeit zwingt uns dazu, auch im Bauwesen zur Selbsthilfe zu greifen und auf die Fürsorge des Baustofflieferanten nicht mehr zu bauen, als unter den gegenwärtigen Verhältnissen gerechtfertigt ist.



wegen der vorgeordneten Zeit auf sein Referat. Ebenso verzichteten die Antragsteller zu diesem Punkt auf die Begründung ihrer Anträge. Eine Diskussion fand nicht statt. Einige zu diesem Punkt vorliegende Anträge wurden angenommen. Auf einen Bericht über die beiden Referate müssen wir hier verzichten; vielmehr bietet sich später Gelegenheit, darauf zurückzukommen.

Der Punkt „Gewerkschaftliche Unterrichtsfrage“ wurde ebenfalls sehr rasch erledigt. Eassenbach sprach einige einleitende Worte zu dem Antrag der Verbandsvorstände, dann stimmte der Kongreß dem zu diesem Punkt vorliegenden Antrag der Verbandsvorstände und einem Zusatzantrag zu.

Etwas mehr Zeit beanspruchte der Punkt „Regelung des Lehrlingswesens“. Eassenbach begründete kurz die von ihm vorgelegten Vorschläge sowie einige Änderungsanträge von Klotz und ihm. Nach kurzer Diskussion stimmte der Kongreß auch diesen Vorschlägen zu.

Es blieb nun noch der Punkt „Krieg und Volkstransporte“. Das Referat zu diesem Punkt konnte nicht gehalten werden, weil der Referent nicht erschienen war. Es wäre auch gar keine Zeit mehr gewesen. Auch ein Referat über den „Wesbau der Sozialversicherung“ wurde nicht gehalten. Alle zu diesen Punkten vorliegenden Anträge wurden einem Sachverständigenauschuß überwiesen, den der Vorstand des Gewerkschaftsbundes berufen soll. Auch die vielen sonst noch vorliegenden Anträge wurden meistens glatt und ohne Diskussion erledigt. Eine Reihe von Anträgen wurde einstimmig angenommen. Darunter ein Antrag von Höpfer, den die Reichsregierung um Erhöhung der Lebensmittelpreise bei Beginn der neuen Ernte ersucht. Ferner ein Antrag Haas und Genossen, der gegen die Prangalisierung der organisierten Arbeiterkraft in den besetzten Gebieten des Westens protestiert und der unsere Klassenangelegenheiten in den besetzten Gebieten aufzuleben, fest und unerschütterlich an der deutschen Reichseinheit und an der Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung festzuhalten. Vor der Abstimmung über diesen Antrag kam es zu einem stürmischen Aufruhr infolge einer Rede des Unabgängigen Dymann, der zwar dem Antrag zustimmte, aber sich nicht enthalten konnte, durch seine Ausführungen das schandbare Verhalten der Befehlshaber in den besetzten Gebieten und die Wirkung der Besatzungsarmee abzuqualifizieren. Diese selbst wurde dann ebenfalls einstimmig angenommen. Ebenso ein Antrag Toft auf Aufhebung des Kapitalprofits bei einem etwaigen Wiederaufbau Nordfrankreichs durch deutsche Unternehmen. Einige weitere Anträge wurden dem Vorstand des Gewerkschaftsbundes zur Berücksichtigung überwiesen, andere wurden als erledigt angesehen oder zurückgezogen. Mit großer Mehrheit angenommen wurde folgender Antrag der Verbandsleiter, nachdem zuvor ein Oppositionsredner dagegen gesprochen hatte:

Der nächste Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands sollte beschließen:

Die Freiwilligenverbände und die aus ihnen hervorgegangene Reichswehr sind gebildet worden als notwendige Einrichtungen zum Schutze der deutschen Republik und der Erhaltung der Errungenschaften der Revolution.

Von dem West in die Reichswehr einzutreten, haben zahlreiche gewerkschaftlich organisierte Arbeiter teils aus Lieberzeugung für die Sache der Republik, teils unter dem Zwange der Arbeitslosigkeit Gebrauch gemacht. Dieser Arbeitern kann ein Vorwurf nicht gemacht werden, wenn einzelne Glieder dieser militärischen Verbände sich Handlungen ausfinden lassen, die nicht nur nicht zu billigen, sondern zu beklagen sind.

Der Gewerkschaftskongreß beurteilt es deshalb als entscheidende, daß gewerkschaftlich organisierte Angehörige der Reichswehr, die sich keiner statutenwidrigen Handlung schuldig gemacht haben, lediglich wegen ihrer Zugehörigkeit zur Reichswehr durch Ausschluß aus ihrer gewerkschaftlichen Organisation ihrer wohnortsnahen Rechte beraubt, oder nach dem Austritt aus den militärischen Verbänden an der Erlangung von Arbeit gehindert werden.

Die Annahme dieses Antrages rief bei der Opposition stürmische Mißstimmung, bei der Mehrheit dagegen lebhaften Beifall hervor.

Nach Erledigung der Anträge sprach der Wiener Delegierte Thomas im Namen der ausländischen Gäste über den Verlauf des Kongresses seine Freude aus. Oft habe es im Laufe der Woche so ausgesehen, als ob es zum Bruch zwischen den beiden Richtungen kommen sollte. Er nannte diesen Kongreß mit Recht den wichtigsten, den die deutschen Gewerkschaften bis heute abgehalten haben. Zum Schluß sprach er nochmals den Wunsch und die Hoffnung aus, daß trotz aller Gegenwirkung von Paris aus Deutschland die nächsten Kongresse in Wien stattfinden. Der stürmische Beifall des Kongresses bewies, daß Thomas dem ganzen Kongreß aus der Seele gesprochen hatte.

Damit war der Kongreß zu Ende. In seiner Schlussrede sagte Reichel als Vorsitzender des Kongresses, der Kongreß sei sich einig gewesen in dem Bewusstsein, daß der Kapitalismus abgewirkt hat und durch den Sozialis-

mus ersetzt werden muß. Er hat damit, wie wir glauben, auch dem letzten Kongreßdelegierten aus der Seele gesprochen. Den Sozialismus wollen sie alle. Einig ist man sich nur nicht über den Weg und über das Tempo, mit dem der Sozialismus ohne Schaden für die Arbeiter am besten erreicht werden kann. Der Kongreß hat aber auch in dieser Beziehung Klarheit gewirkt. Er ist bei den verschiedenen Punkten der Tagesordnung so weit gegangen, wie er nach Lage der Verhältnisse gehen konnte. Damit ist selbstverständlich die Entwicklung nicht abgeschlossen. Die Gewerkschaftskongresse haben immer praktische Arbeit geleistet. Ihre Beschlüsse waren Etappen auf dem Wege vorwärts und aufwärts zu unserem Ziel. Eine solche Etappe sollen und werden auch die Beschlüsse des Kongresses von Nürnberg sein.

Geld und Gut im neuen Deutschland.

Von Franz Anton Wechsold.

In allen Kreisen des Volkes wird das Wesen des Geldes und seine Bedeutung für die Volkswirtschaft verkannt. Das ist weiter nicht verwunderlich; denn auch die eigentlichen Geldleute (Bank- und Börsenmänner und Praktiker der verschiedenen Geldinstitute) sind über diese Dinge nicht einig. Aber, wenn man von den ungeläuterten und ungelöststen Fragen absteht, bleibt doch vieles, was die Forschung wirklich geklärt und herausgearbeitet hat. Zwei Fragen sind es, über die allerten gesprochen wird. Geldwertung und zukünftige Leistungsfähigkeit des Geldes in der Wirtschaft ganz besonders. Vor allem aber ist die Frage zu beantworten: Was ist Geld?

In den meisten volkswirtschaftlichen Lehrbüchern wird auseinandergesetzt, daß das als Geld zu betrachten sei, was diese 4 Aufgaben erfüllt: 1. allgemeines Zahlungsmittel, 2. allgemeiner Wertmesser, 3. Wertaufbewahrungsmittel und Werttransportmittel und 4. rechtsgültiges Zahlungsmittel. Die sogenannten Metallisten, die nur Metallgeld als Geld gelten lassen, unterscheiden neben dem wirklichen Geld (dem Metallgeld) noch Geldsurrogate (Geldersatz und Geldnotbehelf). Geldsurrogate können nach der Auffassung der Metallisten das Geld überall vertreten mit Ausnahme des allgemeinen Wertmessers in bestimmten Fällen. In der hier genannten Erklärung des Geldes ist die wirtschaftliche und rechtliche Erklärung enthalten. Nach der wirtschaftlichen Erklärung ist das Geld Zahlungsmittel, Wertmesser und Wertaufbewahrungsmittel und Werttransportmittel, nach der rechtlichen ist es rechtsgültiges Zahlungsmittel. Neuerdings ist dagegen gesagt worden, daß das Geld niemals Wertmesser gewesen ist und es niemals sein kann. „Gegen Sie doch“, schreibt Jul. Wolf, „eine Ware neben Geld, und versuchen Sie, den Wert der Ware am Gelde zu „messen“, abzumessen. Das Geld wird Ihnen nicht das geringste über den Wert der Ware verraten.“ Das, was man so als Wertmaßstab bezeichne, sei der allgemeine Nenner für alle Werte. In Geld würden alle Werte ausgedrückt, die Wertverteilung aber habe gar nichts mit dem Gelde zu tun. Dazu könne uns das Geld nicht helfen. Dagegen würden alle Werte in einer vorgeschrittenen Wirtschaftsordnung auf Geld zurückgeführt werden. Kurz und bündig erklärt der Volkswirtschaftslehre Knapp: Das Geld ist ein Geschöpf der Rechtsordnung. Der Staat verleiht ihm Geltung in Wirtschaften. Was der Staat als Geld erklärt, was er mit seinem Stempel versieht, das hat als Geld zu gelten. Das ist die staatliche Lehre vom Gelde: Der Staat bestimmt, was Geld im Rechtsverkehr ist, und was an seinen Kassen als Geld angenommen wird. Mehr kann der Staat nicht tun; was außerhalb seiner Grenzen vorgeht, darauf hat er keinen Einfluß. Das bezeichnet Knapp so: Fremde Geldstücke gelten bei uns nicht, aber sie haben Wert bei uns, unsere Geldstücke haben in der Fremde Wert. Wieviel Wert sie haben, das entscheidet die Börse nach den alltäglichen Marktflüssen, dies kann nicht durch einen Nachspruch des Staates entschieden werden. Wert sein, ist eine Eigenschaft der Ware, gelten ist eine in der Rechtsordnung begründete Eigenschaft der Geldstücke.

Rechtlich hat Knapp das Geld zutreffend erklärt: Was ein Staat für sein Gebiet als Geld erklärt, das ist Geld und nichts anderes. Geld ist wirtschaftlich eine gedachte Wertigkeit, ein gemeinsamer Nenner für alle Werte, Geld ist eine Rechnungseinheit. Wonach das Geld bewertet wird, das wird nicht im Inland, sondern im Ausland entschieden, und zwar auf Grund des Angebots und der Nachfrage. Nur so ist es zu verstehen, daß das Geld im Werte steigt und fällt.

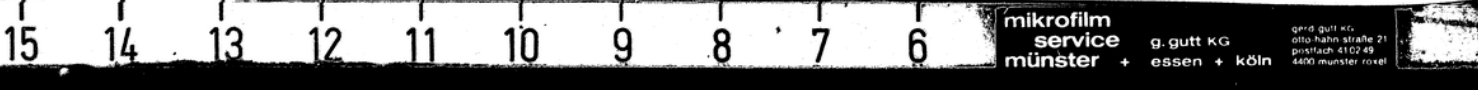
Im internationalen Verkehr werden zwar Waren zu einem bestimmten Landesgeld gekauft, aber das ist nur so zu verstehen, wie es hier bereits angedeutet wurde. Es wird in einem bestimmten Gelde gerechnet, in Wirtschaftlichkeit werden nur Waren um Waren gekauft. Wenn heute Amerika uns Waren liefert, will es kein deutsches Geld dafür haben, sondern Waren die wir brauchen, die bei uns entweder billiger oder besser hergestellt werden, oder die es drüben nicht gibt. Gewöhnlich, gezahlt wird in Waren, und nur der nach einer gewissen Zeit durch Warenaustausch nicht ausgleichenbare Rest wird in Geld (gewöhnlich in Gold) gezahlt. Das Gold, das

bei der Schlußrechnung hinausgeschickt wird, ist aber nicht als Geld, sondern als Ware anzusehen. Was mit andern Waren nicht auszugleichen war, wird eben durch die Ware Gold ausgeglichen. Unser Geld hat in der Fremde Wert. Es steigt und fällt, je nach dem Angebot und der Nachfrage. Wird viel von unsrem Geld angeboten und ist die Nachfrage danach gering, so sinkt sein Wert. Weiches ist viel längerer Zeit der Fall. Deshalb ist es im Werte gesunken. Unser Geld ist entwertet, weil wir während des Krieges viel Papiergeld ausgegeben haben, und weil die Einfuhr von Rohstoffen und die Ausfuhr von Gold und Fertigfabrikaten unterbunden war. Die künstliche Vermehrung des Geldes und die Unterbindung des Warenaustausches haben in der Hauptsache unser Geld entwertet. Welcher Art sind nun die Wirkungen der Entwertung unseres Geldes?

Oberflächlich betrachtet, hat es den Anschein, als ob wir reicher geworden wären; denn wir haben viel mehr Geld als vor dem Kriege. Als Beweis dafür könnte man zum Beispiel die größeren Einlagen bei den Sparkassen anführen. So betrug das Vermögen der preussischen Sparkassen am 31. Januar 1918 rund 20 Milliarden Mark, am 31. Januar 1919 aber rund 25 Milliarden Mark. Innerhalb eines Jahres also eine Vermehrung von etwa 5 Milliarden Mark. — Wir haben viel Geld und wenig Waren, also sind wir ärmer geworden. Denn nicht das Geld macht ein Volk reich, sondern ein großer, brauchbarer Gütervorrat macht den Volkswohlstand aus.

Unter der Geldwertung haben besonders die Bevölkerungsschichten zu leiden, die nicht instande sind, ihr Einkommen entsprechend der Geldwertung zu erhöhen. Das sind Beamte, Leute, die nur von ihren Löhnen leben oder eben von Einkünften, die sich nicht erhöhen lassen. Durch die Geldwertung haben die Schuldner gewonnen, die früher Geld gesehen haben, entsprechend eingekauft haben die Gläubiger. Verloren haben die Versicherungsnehmer bei Versicherungen, gewonnen die Versicherungsgeber, die früher eingekauft wertvollere Geld jetzt gegen minderwertigeres zurückzahlen. Gewonnen hat der Staat im allgemeinen, verloren die Bürger in gestimmten. Aber gerade diese Tatsache hat ihre eigene Seite. Viele jammern und halten es für unmöglich, daß die Bürger die neuen Lasten tragen könnten. Dabei übersehen sie aber, daß das, was sie beklagen, gerade zu unserm Heile ist. Nach den früheren Schätzungen (Gellert und Steinmann Vudner) betrug das Volkvermögen 330 bis 400 Milliarden Mark, das Volkseinkommen 40 bis 50 Milliarden Mark. Unter den gleichen Verhältnissen müssen wir diese Summen heute verdrei- und vervierfachen. Wenn auch im Augenblick nicht die gleichen Produktionsbedingungen vorhanden sind, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die Werte und die Einkommen ganz bedeutend gestiegen sind. Die Steuerfähigkeit oder die Besteuerungsmöglichkeit ist damit ebenfalls viel größer geworden. Schon aus diesen Gründen sollte es der Staat unterlassen, Zwang zur Verbesserung der Valuta anzuwenden. Im übrigen ist es mit dem Absau der Preise so eine eigene Sache. Auslet jemand wirklich, daß sich die Volkswirtschaft künstlich auf die Dauer mehren läßt? Angebot und Nachfrage beherrschen den Markt oder genauer: das wirksame Angebot und die wirksame Nachfrage, das Angebot zu einem bestimmten Preise und die Dringlichkeit der Nachfrage (die Kaufkraft der Bevölkerung). Wird daraus künstlich herumpreispot, dann steigen die Ausgaben des uns alle so anwerbenden Schleichhandels, vornehmern annehmbarer Preise, nur daß die Waren vom offenen Markte verschwinden, und hinterher eine eigene Preisbildung (die schleichhändlerische) entsteht. Jedenfalls, damit lassen sich die Preise nicht abhaben, doch der Staat die Preise festhält. Was dabei herauskommt, kennen wir zur Genüge. Staatliche Preisfestsetzungen haben die gewünschte Wirkung nur dann, wenn der Staat die betreffenden Güter in seine Verfügungsgewalt bekommt.

Alle künstlichen Maßnahmen zur Erhöhung des Wertes des heimischen Geldes sind von vornherein zum Scheitern verdammt. In dem Augenblick, wo unsere Kaufkraft merklich steigt, da ändert sich das Verhältnis unseres Geldes zum ausländischen ganz von selber. Steigende Kaufkraft, steigender Kredit sind nur durch eine Verbesseung unserer gesamten Wirtschaftslage möglich. Unsere Wirtschaftslage kann aber nur durch zielbewusste, rege Güterzeugung verbessert werden. Wohlstand, zielbewusste Arbeit allein ist es, die unser Geld nichtwertiger machen kann. Hier zeigt sich, daß die Unkenntnis im Geldwesen großen Schaden anrichten kann. Die Wüter tauschen im Grunde genommen nur Ware um Ware. Wer nichts auszuführen hat, kann nichts einführen, oder die Einfuhr muß mit einer gleich- oder höherwertigen Ausfuhr bezahlt werden. Wer einmal so im Nachteil ist, wie wir es sind, der muß sich eben iputen, die Scharte auszugleichen. Eine andere Möglichkeit, unserm Gelde eine bessere Geltung zu verschaffen, gibt es nicht. Wir können nicht darum, entweder Menschen auszuwandern zu lassen oder Waren auszuführen. Ein Drittes gibt es nicht! Die Landwirtschaft vermag noch mehr Arbeitskräfte aufzunehmen, aber hierin ist einseitiger Gebud noch sehr am Platze. Vorderhand gilt: entweder Waren hinausenden oder Menschen.



Eine andere Frage ist es, wie die unbeabsichtigten Wirkungen der Vermögensverschiebungen ausgeglichen werden können. Wir zahlen unsere Einfuhr mit hohen Preisen, aber auch unsere Ausfuhr wird — gerade weil unser Geld entwertet ist — sehr hoch bezahlt. Für das, was wir nach den Vereinigten Staaten ausführen, erhalten wir zwar wenig Dollar, aber diese Dollar in Mark umgerechnet, machen sehr viel Mark aus. Die Entwertung unseres Geldes kommt uns gerade bei der Ausfuhr sehr zugute. Nur, daß der Ausführende und Einführende oft nicht dieselben Personen sind, das macht die Sache im Einzelfall bedenklich. Unsere Verbilligung zahlt hohe Preise für ausländische Lebensmittel, ganz andere nehmen hohe Preise für die deutsche Ausfuhr ein. Die einen verdienen dabei und die andern verdienen dabei, oder was so ungefähr dasselbe ist: Die einen hungern und die andern können sich fassen. Diese Frage ist viel wichtiger als die Verbesserung des heimischen Geldwertes. Wenn der Staat einen Ausgleich in der angebotenen Mäntelung anstrebt und durchführt, dann leistet er der Gesamtheit den größten Dienst. Wie ich eben sagte, sollen 14 Milliarden Mark in diesem Sinne ausgegeben werden. Dieser Weg führt eher zum Ziele als der künstliche Abbau der Preise. Das ist der staatliche Verkauf von Lebensmitteln (mit Staatszuschuß) und Abgabe zu einem verhältnismäßig billigeren Preis als vorher. Der Staat kauft zum Marktpreis und darunter läßt er verkaufen. Das wird schon wirken. — Kurz, wenn die vielen einzelnen in ihrer Kaufkraft gestärkt werden, wird bald die Leistungsfähigkeit insgesamt steigen und damit wird die Kreditfähigkeit und damit der Wert des heimischen Geldes gehoben. Auf den Stand vor dem Kriege wird der Wert des heimischen Geldes einzuweisen nicht zu bringen sein. Wirtschaftliche und finanzielle Entwicklungen haben ihre eigenen Gesetze. Wird mit Gewalt dagegen angegangen, dann leidet der ganze Wirtschaftsförderung darunter. Landberg sagt darüber: „Wie ein über seine Elastizität hinaus ausgebeutetes Gummiband nicht wieder auf sein altes Maß zusammenprumpt, so läßt sich eine Währung, die durch übermäßige Notenausgabe entwertet worden ist, nicht wieder vollwertig oder auch nur erheblich höherwertig machen, indem man die Noten aus dem Verkehr zieht. Jeder Versuch nach dieser Richtung hat so katastrophale Wirkungen für alle Vertragsverhältnisse und mit ihnen verbundene Erwerbsfähigkeit im Gefolge, daß er schon im ersten Stadium wieder ausgegeben werden muß.“ Ein Staatsbankrott wäre unausbeheblich, wenn der Staat selber die heutigen Rechnungsgrundlagen umwerfen würde. Er wird aber vermeiden, wenn sich die Gesetzgeber darauf beschränken, eine Währung zu schaffen, die die Kaufkraft der Bevölkerung befestigt.

Was jetzt an Geldmitteln im öffentlichen Verkehr ist, darf nicht plötzlich stark vermindert werden. Das darf nur nach und nach, entsprechend der Stärkung der gesamten Volkswirtschaft geschehen. Im übrigen ist die Sache mit der großen Notenausgabe nicht so schlimm, wie es den Anschein hat. Die gedrückten Preise haben allerdings dadurch einen Gehalt, aber was diese eingestrichelt haben, das hat der Staat größtenteils gewonnen. So wie die Geldverleiher an den Staat durch die übermäßige Notenausgabe um das Zwei- oder Dreifache geschädigt worden sind, so hat der Staat um etwa das Zwei- oder Dreifache dabei gewonnen. In hochwertigem Geld nahm der Staat Geld an, in minderwertigen zahlt er zurück. Insgesamt ist der Wert des deutschen Volkswirtschafts ungeheuer gestiegen. Das Wenige ist äußerst wertvoll geworden. Damit ist die finanzielle Leistungsfähigkeit gestiegen und die Schulden werden uns infolge dessen nicht so bedrücken, wie vielfach angenommen wird.

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist einzuweisen nur gering. Von ihr aber hängt unser Gedeihen ab. Wenn die Urgewerbe: Landwirtschaft, Bergbau und das Werkzeuwesen, wieder in Stand kommen und wenn sie bald wieder flott gemacht werden, dann hebt sich auch die gesamte wirtschaftliche Lage: die Leistungsfähigkeit, die Kreditfähigkeit. Kreditfähig sein, heißt: Austauschbereite Waren bereitstellen haben. Von dem Tempo und dem Maß unserer Arbeit hängt es ab, wann wir wieder kreditfähig sind, wann wir mehr zu essen haben werden. Das Wort: Arbeiten und nicht verzweifeln klingt hart, wir müssen es umändern in: Arbeiten, damit ihr soll werdet. Wir alle wollen arbeiten, auf daß wir wieder mehr Menschen werden, auf daß auch unser Geist wieder mehr Schwung bekommt. Geduld, ein zu dem andern, und es wird uns wieder besser gehen.

Schuldbekämpfungen für Bauarbeiter.
Von Max Contradi.

Mit der ersten Friedensunterzeichnung kommen wir unter die Räder der Not. Deshalb ist für lange Jahre Forderung gleichsam auf Notwendigkeit. Unter solchen Verhältnissen wird es an vielen Stellen recht fraglich sein, wieviel Bauarbeitergehälter gewährt wird. Fachverbände haben wir in einer Gesellschaftsordnung von Herren und Knechten gleich. Jedes Gesetz hatte Herrschaftcharakter; jetzt soll eine Neuordnung uns menschlich erträglichere Arbeitsbedingungen schaffen, aber wir wissen nicht, wieviel davon unter der Friedenszwangslage durchführbar sein wird.

Über ist schon hundertmal gesagt, es kann nichts überfüllt werden bei der Ueberfülle der Anforderungen, aber das hilft nichts. Von Weibern und Kindern geht alles nicht schnell genug, das Kapital wird nicht schnell genug verdrängt, die Lebensmittel wachsen nicht schnell genug für unser Land, das durch vierjährigen Weltkrieg erschöpft ist, die Geschäfte werden nicht schnell genug aus ihrer Bahn gerissen. Niemand will sich harnaden, wie eine neue Wirtschaftssystem zur Abführung einer Jahrtausende alten Forderung über doch diese Jahre braucht, um eine sozialisierende Herrschaft zu gründen und zu sichern.

Die Bauarbeiter brauchen in erster Linie Gesundheitsfürsorge. Wird er durch die Ostkonflikte genötigt werden? Wenn ich allerdings die Sterblichkeit des „Grundstein“ durchziehe, dann überkommt mich ein Gefühl der Trauer, wie viele Freunde vorzeitig zugrunde gehen. Man sollte meinen, wenn wir den Nachschub haben, muß Zeit für den Gesundheitsfürsorge gewonnen werden. Da muß ich zunächst sagen: ich besorge es sehr, ich hatte es für einen Fehler, daß keine Gesundheitsfürsorge eine Stelle über hat, um den Besonnenen zeitweise — und wären es auch nur 10 Stellen — Rinde von Sachverständigen über die einfachsten Regeln des Gesundheitsfürsorge und der Gesundheitsfürsorge zu bringen. Wie sieht es heute mit der Arbeiter-Gesundheitsfürsorge aus? Die Krankenkassen der Werke sind überfüllt (das war in Friedenszeiten schon so). Die einzelnen Kranken werden natürlich mit Hast, oberflächlich, schematisch abgebetet. Dadurch haben die Arbeiter eine fonderbare medizinische Erziehung erhalten, die sich zu einem vollständigen Weggelassen ausgewachsen hat. Die Arbeiter erwarten vom Arzt entweder eine Pille, ein Pulver, eine Salbe, Tabletten, einen Tee, einen Brunnen oder — eine Spritze! Der Arzt, der diese Mittel nicht gibt, der kein lateinisches, unterländisches Rezept verstreut, der bloß mit Radium, Wärmekur und Mat zu zweckmäßiger Lebensweise ihnen deutsche Rezepte schreibt, den erwarten die meisten Arbeiter nicht für toll, den werden sie aber verachtet nicht. Ach, und wie viele Kranke könnten oft gerettet werden, wenn sie halt der lateinischen Sprache ein bißchen Wärme für Pflege und gesunde, fleißige, aber nachtröste Kost hätten. Der Krieg hat die alte, verrottete Medizin auf den Kopf gestellt und aus dem alten Weis gebracht. Zum größten Leidwesen aller, veralteter Mediziniker sind Quackkuren gelobt geworden oder meistentens geübt, warum? Nun, weil sie nicht so viel im Frieden schmerzen konnten, wie die alte Medizinische Schule erziehen, wie gerade die Heilungshaltung zur Gesundheit führte. Man begreift nicht: wenn jemand einen Neuanfang versucht dann kann ihn vielleicht ein anderer befehlen; wenn aber der Arzt durch Heilung ein Leben verfehlt, da kommt die Hilfe durch einen Heilenden oft zu spät. Deshalb möge man nie einen Arzt für allwissend halten, es gibt hier, wie in jedem Beruf, tüchtige und schrecklich unwillige Leute. Es ist daher falsch, zum Arzt Kindesvertrauen zu haben. Sobald man empfindet, der Arzt behandelt ein Leben nicht richtig, muß man schnell einen anderen rufen. Aber wie sieht es damit für den Arbeiter? Kann der Krankenrat gleich einen anderen Arzt haben? Nein! Da geht erst wieder eine neue Bauferei los mit neuen Schritten und noch einem neuen Gesetz soll die Weltanschauung sich ändern auf Personen mit einem Einkommen bis 4 000. Da sind schwere Eingriffe in die persönliche Freiheit, die ich im Rahmen dieses Aufsatzes nicht erörtern kann, die aber zu ersten Angriffen herausgefordert haben.

In Nr. 24 des „Grundstein“ hat H. Durrig einen Artikel gedruckt über Schutzgerichte für Dacharbeiter. Seine Vorschläge sind gut, nur reichen sie nicht aus für unser vielfaches Fach, und wenn hier gebessert werden soll, müssen wir aus größeren Gesichtspunkten den Schutz für die andern Bauarbeiter der Gewerkschaften mit umfassen. In der Zeichnung ist das einfachste immer das schwerste. Alle Kräfte werden aufs höchste angepannt, um von der unmittelbaren, bewußten Maschine und Arbeit weg zur Einfachheit einen Weg zu finden. Deshalb beginne ich mit einem einfachen Bauarbeiter-Schutzmittel, das uns leider ganz verloren gegangen zu sein scheint. Das Schutzgericht. Als ich in die Höhe kam, wurde es schon sehr vereinzelt getragen, und doch ist es ein so wertvolles Ausstattungsstück zum Schutz der Kleidung und im Winter zum Wärmehalten des Unterleibes. In allen Zeiten gab es den Bauwerkern einen Panzschutzharnisch. Manche Steinmetzen begannen ihre Baulehre an einer Kirche und arbeiteten dort ihr Leben lang. Die alten Abbildungen zeigen uns den Steinbauer mit dem Schutzfell, wie er die Steinmetzen einmisset. Ich muß auf Nachfrage an die Wiederherstellung dieses wertvollen Schutzmittels nicht zu denken, so sollte man es doch als Ausstattungsgegenstand nicht aus den Augen verlieren, sondern in besseren Zeiten wieder einführen. Ich denke, wenn man sozialisiert und Bauergesellschaften bildet, werden diese später einmal ungenutzbar sein. Es geht im großen zu erträglichen Preisen anzuschaffen. Wie ganz anders schaut der Arbeiter aus im schönen Schutzgericht an der Arbeit, gegen heute, in kümmerlicher, ungezügelter Kleidung. In der Blütezeit der Bauarbeit ist der Arbeiter und der Arbeiter in unseren großen Städten ein Mann in der Gegenwart, er sollte auch durch gebiegene Berufsleistung etwas auf sich halten.

Alle Kaufsmittel sind verdrängt, wenn die Arbeiter nicht den Willen haben, sie zu benutzen und zu beachten. In der Zeit der Stillstande vor morgen 6 Uhr bis abends 7 Uhr mußte auf vielen Neubauten so geschuftet werden unter dem Antriebe der Polizei, daß die Gefahr der Arbeit eine Gewohnheit wurde, die man nur wenig

beachtete. Daßer die vielen Unfälle. Wie hat doch der liebe Meister Geld gerade an den ärmsten Lehrlingen verdient. In meiner Jugend gab es weder Arbeiter noch die Weltliche. Die Lehrlinge kamen zum Beispiel aus Charlottenburg zu Fuß nach Berlin, mußten um 6 Uhr auf der Baustelle sein, es gab 75 % pro Tag, und im Herbst 15 % ab; er bekam im Herbst und Winter nur 60 % pro Tag. Dabei war der Meister ein reicher Mann, den aber auch ein nobelbedientes Schicksal für seine Arbeiter und seinen Geiz ereilte.

Heute haben wir den Nachschubtag. Die Arbeiter haben mehr Ruhe und können auf dem Gerüst vorfröhlich sein. Deshalb sollte endlich eine schreckliche, alte Anstalt von der Mäntelung verschwinden, das ist das Kippengelenk. Darunter verberge ich das Verlegen eines Kippengelenkes auf zwei Stützen, aber so, daß ein längeres Ende nach einer Seite übersteht. Beim Weiterrücken wird diese Rippe durch ein anderes Brett überdeckt. Die Gefahr ist aber nur für die Zeit beseitigt, in der auf dem Gerüst gearbeitet wird und keine darauf liegen. Hat der Arbeiter in gutem Baujahr mehrere Bauten in Charge, dann wird die Mäntelung knapp. Bei den marktschreierischen Bauformen war sie immer unzureichend. Dadurch stellt es beim Umrüsten für höhere Stufen am Werkten. Jetzt ist die Mäntelungsbau aufgemauert, die Bretter werden nachgezogen, die Steinreife hinaufgeführt und dabei tritt ein Maurer nichtabnehmend auf so eine freigeordnete Rippe und er sault in die Tiefe, wenn er nicht durch Glück oder Weisheitsgegenwart noch rechtzeitig festem Fuß faßt. Ich würde bei einer derartigen Gelegenheit von einem Gefallen am Krage gefaßt und getrett.

Deshalb war es später meine erste Sorge als Bauarbeiter, dem Polier ans Herz zu legen, die Rippen zu verbleiben und wo die Arbeiter eine so ungewöhnliche Lage bekamen, sie am Ende zu neigen. Bei großen Bauten muß der Polier einen älteren, guberlässigen Arbeiter zum Mäntelungspolier für alle Mäntelungen auswählen. Das ist die beste Schutzmaßnahme; denn gerade diese verbleiben Rippen sind auch von Baukontrolle nicht leicht zu bemerken. Erste Bedingung bei Liebertragung der Maurerarbeiten an den Unternehmer sollte neben der Frage der Zahlungsfähigkeit die Feststellung sein, ob er genügend Mäntelung besitzt, daß nicht bei jeder Neurrüstung das ganze Bauteilmaterial nach außenwärts genommen zu werden braucht. Das darf deshalb nicht geschehen, weil während des Baues fortgesetzt in den fertigen unteren Stockwerken auf den Balken herumgetreten wird. Auf solchen Bauten wird sofort gefaßt, nach Baupolier vorzuziehen, aber einzelne Baupolier sind immer dringender wirksamer, damit die Stufen nicht durchgetreten wird. Mein Bauart trat durch die Erklärung, selbst mit dem Kopf auf den Balken und stach. Durch das Geleg gegen Unfall usw. ist zwar für die Bauarbeiter ein kümmerlicher Schutz geschaffen, aber wenn man an den gewohnheitsmäßigen abnehmenden Weisheit der Berufsgenossenschaften denkt, dann hat man so recht das Empfinden, wie kapitalistisch rückwärts dieses ganze Gesetz beschaffen ist. In dieses Gesetzes der Arbeiterfeindschaft wird ja mit starker Hand eingegriffen werden müssen.

Eine andere Gefahr der knappen Bauzeitung ist die mangelhafte Abdeckung der Treppenhäuser, die oft nur eine Schutzbedeckung mit leichten Brettern war, aber nicht durch jedes Stodwerk, so daß, wenn einer durch ungedeckte Stodwerke stürzte, er die Abdeckung durchschlug. Hiergegen ist eine guberlässige Bauteilkontrolle am leichtesten imstande einzuschreiten, sie muß aber öfter wiederkehren; denn es gibt immer leichfertige Arbeiter, die, wenn sie schnell ein Paar Bretter brauchen, zu bequem sind, weiter zu suchen, und die Abdeckungsbretter des Treppenhäuses wegholen. Deshalb müssen gerade diese Schutzdecken festgenagelt sein. Außerdem muß der leere Treppenschacht an allen Zugängen durch Stangen und Bretter abgeperrt sein; denn gerade im Halb Dunkel gerät man in die Gefahr, einen derartigen Schacht zu betreten. Sehr zweckmäßig ist es, wenn dieser Raum in dem Maße, wie er durch die Gefährde wächst, eine vorläufige Gertitreppe erhält. Schiefe Stangen werden aus Brettern und Rahmen zu Treppentritten zusammengesetzt und mit Querleisten zum Steigen benagelt. Diese Treppentritte, die in einfacher Weise mit den wachsenden Stodwerten steigt, bietet große Transportvorteile, ist solide zusammengeflochten, gefaßt und gerade für unsere jetzige Zwangslage der Sparmaßnahmen von hohem Wert. Ich habe die Treppe in Gassen gesehen, in der Markt gar nicht. Hier war der Treppenschacht überall unbenuzt, besonders in Berlin, wo der Schwimmbau Sparmaßnahmen an der falschen Stelle mit sich brachte.

Wirtschaftlicher Totschlag.

Unter diesem graufigen Titel veröffentlichte die Schlesische Zeitung, die in Breslau erscheint, kürzlich eine Aufschrift von einem Herrn v. R. R. Wir wollen unsern Kollegen hiermit die Möglichkeit geben, die Ansichten und Meinungen dieses Gutsbesizers kennen zu lernen. Darum bringen wir sie ungefähr zum Abdruck. Sie lauten:

„Wie die Center der sozialdemokratischen deutschen Republik selbst oft genug verurteilt haben, ist das einzige Mittel, uns wirtschaftlich zu erholen, die Arbeit. In Aufzügen und Jugendblättern wird eingeklagt gegen den früheren Standpunkt, zur Arbeit ermahnt. Als die Sozialdemokratie nur Oppositionspartei war, wurde der „starke Arm“ nur häufig ermahnt, die Arbeiter zum Stillstand zu bringen. Nun möchte man meinen, daß eine Regierung, die einseitig zur Arbeit ermahnt,



auch dafür sorgt, daß Arbeitsmöglichkeit besteht und daß die Arbeit wirtschaftlich ist. Dem ist aber leider nicht so. Oder sollte die Regierung so schwach sein? Die Lohnfrage, das „große Ereignis“ der Revolution, wird mechanisch in einer Weise behandelt, daß die Arbeitsmöglichkeit aufhört und damit die Beschäftigung der Arbeiter, besonders jetzt auch der ländlichen Bauhandwerker. Die sogenannte neue Freiheit, die von den seligen Abgeordneten Eugen Richter und Barth, aber in Gestalt des Zuchtstrafes, prophezeit wurde, benutzt darin, daß die Arbeitsmöglichkeit gelähmt wird. Die Bauhandwerker hier auf dem platten Lande arbeiten sehr gern 10 Stunden arbeiten. Sie waren mit ihrenöhnen zufrieden und konnten das um so mehr sein als die Verzehrung der Lebensmittel, besonders die Hauptgrund für hohe Löhne, für sie nicht stark in Frage kommt. Fast sämtlich haben sie keine Grundstücke und sind Selbstverwalter. Also auch sozial ein angestrebter idealer Zustand. Trotzdem, damit das Schema 8 durchgeführt wird, wurden sie in die Kreisstadt zu einer Versammlung berufen, und dort wurde ihnen eröffnet, daß sie befristet werden, wenn sie über 8 Stunden arbeiten, und daß sie verpflichtet wären, einen um 40 Prozent höheren Lohnsatz anzunehmen. Das selbe geschieht mit den ländlichen Bauunternehmern bei einer Versammlung in Brestau entsprechend. Kein Widerspruch, nicht die Zahlungsfrage wird angezogen. Die ländlichen Bauhandwerker sollen glücklicher gemacht werden, als sie selbst sind. Dadurch wird alles, was wir erstreben wollen, zunichte gemacht. Wir wollten neue und bessere Wohngelegenheiten schaffen und wollten Kriegsbeteiligte und sonstige Arbeiter auf Land bringen. Der Staat wollte durch Steuererhöhungen und Zuschüsse mit 1/2 Milliarde helfen. Durch die Schematisierung der Lohnfrage werden aber die gesunden sozialen Gedanken losgerissen. Ich habe, um Arbeitsmöglichkeit und allmählich für größere Familien noch bessere und bequemere Wohngelegenheiten zu schaffen, trotz aller unendlichen Materialschwierigkeiten den Bau von drei Doppelhäusern mit Stallungen in Gang gebracht. Ein solches Haus kostet trotz meiner billigen Materialien ungefähr 25.000 ohne Berechnung des Baugrundstücks und Gartenlandes. Eine Wohnung kostet mich danach bei Annahme von nur 3 Prozent Verzinsung für jede Familie 4.575. Bei meinen früher gebauten hübschen Häusern aus dem Jahre 1914 kostete mich die Sache aber durchzuführen. Nun ist vor 14 Tagen die zwangsweise Lohnhöhung um 40 Prozent und der Zwang, nur 8 Stunden zu arbeiten, bei den Bauhandwerkern auf dem Lande durchgeführt worden. Damit erlösch ist der Wettbewerb. Es hat alles seine Drogen. Das dritte Haus bleibt liegen, obwohl die Fundamente fertig sind. Wie ich erfahre, ist ein solcher Erfolg bereits auf vielen anderen Baustellen erreicht worden. Die Arbeitsmöglichkeit ist losgerissen, da die Löhne schon fast frohlich gemessene Wirtschaftlichkeit nurmehr ganz ausgeschlossen ist. Dieser Zustand ist von der sozialdemokratischen Bewegung sicher nicht gewünscht. Die ländlichen Bauhandwerker sollen selbstverständlich ihren auskömmlichen Lohn haben. Aber sie wollen auch Arbeit haben. Diese beiden Fragen in Einklang zu bringen, sollte man ihnen doch selbst überlassen. Der soziale Fortschritt würde dann nicht gescheitern, sondern gefördert werden. Nicht mit der Zwangsorganisation ist den Arbeitern geholfen, sondern nur mit der Möglichkeit, überhaupt Arbeit zu haben. Selbstverständlich soll sie so gelohnt und eingeteilt sein, daß sie keinen Unterhalt gewährt und auch darüber hinaus Anteil an den Früchten des Lebens. Dieses Problem ist auch zu lösen, aber nicht durch Zwang und Schematismus, besonders in einer Zeit, in der freie Entfaltung aller guten Kräfte bitter notwendig ist. Vielleicht nimmt sich der praktische arbeitende Dresdener Volksrat einmal dieser Frage an.“

Zu diesem Ertrag einer edlen Seele müssen wir doch einige Anmerkungen machen. Zu der Lohnangelegenheit können wir Herrn v. K. M. mitteilen, daß diese auf einer Vereinbarung zwischen der Bauunternehmer und der Bauarbeiterorganisation des betreffenden Gebietes beruht. Die Löhne sind also nicht von oben herab einfach befohlen worden. Wenn es nun in dem Wohnort des Arbeitnehmers Bauarbeiter gibt, die unter diesem Lohne arbeiten könnten, weil sie „ja“ ein kleines Grundstück haben“, so offenbar ist in diesem Satz zunächst einmal die alte unverständliche Unverfasslichkeit, die es für selbstverständlich hält, daß alle Arbeiter und Mische, die es für selbstverständlich halten, so können andere Arbeiter auf dem Lande mit ihren kleinen Besitzungen haben, nur dazu dienen muß, den Bauhandwerkern billige Arbeiterkräfte zu sichern. Aber wenn wir diesen Kollegen, die demnach direkte Lohnabzinsen nicht hätten, mußten stellen, die Löhne, die v. K. M. als angemessen betrachtet, anzunehmen. So ist doch ein anderes Moment zu beachten. Herr v. K. M.! Was soll mit den Kollegen geschehen, die kein kleines Grundstück haben und die abgeben von dem Leben müssen, was sie mit ihrer Arbeit an Bau verdienen? Sollen die zu Ihrem Wohlwollen vergessenen? Das klingt doch schließlich aus Ihren Worten heraus.

in den übrigen Tagesstunden entsprechend weniger leisten. Zum Schluss betrogen sie allerdings sich selbst am meisten dabei.

Herr v. K. M. hat nun nach seiner Angabe den dritten Bau stillgelegt, weil die Lohnfrage nicht wirtschaftlich ist. Um Schluss betrogen sie allerdings sich selbst am meisten dabei.

Herr v. K. M. hat nun nach seiner Angabe den dritten Bau stillgelegt, weil die Lohnfrage nicht wirtschaftlich ist. Um Schluss betrogen sie allerdings sich selbst am meisten dabei.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Am 28. Juni fand in Nürnberg eine Vorstandskonferenz statt, die sich mit folgenden Verhandlungspunkten beschäftigte: 1. Sitzungen des Gewerkschaftsbundes. (Vertreter: Haupt der Vorstandes) 2. Unterrichtsfrage (Vertreter: Haupt der Vorstandes). 3. Sachverhalte im Bauwesen, die Arbeiter mehrerer Berufsgruppen beschäftigten. 4. Organisation und Streikrecht der Beamteten. 5. Zentralarbeitsgemeinschaft. 6. Verjährungsbescheid.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm die Konferenz Stellung zu dem Streikverbot des Reichswehrministers sowie gegen einen der besten Eisenbahn-Eisenbahner, die Arbeiter mehrerer Berufsgruppen beschäftigten. 4. Organisation und Streikrecht der Beamteten. 5. Zentralarbeitsgemeinschaft. 6. Verjährungsbescheid.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm die Konferenz Stellung zu dem Streikverbot des Reichswehrministers sowie gegen einen der besten Eisenbahn-Eisenbahner, die Arbeiter mehrerer Berufsgruppen beschäftigten. 4. Organisation und Streikrecht der Beamteten. 5. Zentralarbeitsgemeinschaft. 6. Verjährungsbescheid.

Erste Ausschuhung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die Sitzung wurde von Legien eröffnet und zunächst als Redner die Genossen Münn, Goh und Urban gewährt. Sodann wurde eingehend die Regelung der Gewerkschaftsverhältnisse in den besetzten östlichen Gebieten beraten. Auf Antrag des Vorstehenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde beschlossen, daß Angehörige des Bundesvorstandes künftig politische Mandate nur mit Zustimmung des Bundesauschusses annehmen dürfen. Für die Regelung der Geister der Angehörten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde eine Gewerkschaftskommission eingesetzt, die zugleich die Fragen der Pensionierung und der Bereinigung der bestehenden Weierthurn wurde die Einsetzung einer Kommission beschlossen, um eine Neuordnung für die geistliche Regelung der Arbeitszeit zu prüfen und geeignete Vorschläge dafür zu machen, die dem Reichsarbeitsministerium zu unterbreiten sind.

Weiter wurde der Entwurf eines Ausnahmengesetzes mochte daselbst einige Mitteilungen, die die Beschäftigung gewerkschaftlicher Arbeiter in der Beschäftigung gemeinschaftlicher Unternehmen auf diesem Gebiet betreffen. Es ist ein Reichsausnahmengesetz eingeleitet und die gewerkschaftliche Stellenermittlung für das Ausland soll vorbereitet, jede andere Stellenermittlung und Ausnahmestellung behördlich konjunktionslos werden. Es wurde in die Ausschüsse hierüber genehmigt, die Ein- und Ausnahmestellenfragen auf der bevorstehenden internationalen Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam zur Erörterung zu bringen. Die Deutschen Gewerkschaften sollen auf die wichtigsten Dinge aufmerksam gemacht und zur Übernahme der Ausnahmestellung angezogen werden. Auch soll für eine stärkere Vertretung der Gewerkschaften gesorgt werden.

Berner legte die Resolution des Gewerkschaftlichen Reichsverbandes auf der bevorstehenden internationalen Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam zur Erörterung zu bringen. Die Deutschen Gewerkschaften sollen auf die wichtigsten Dinge aufmerksam gemacht und zur Übernahme der Ausnahmestellung angezogen werden. Auch soll für eine stärkere Vertretung der Gewerkschaften gesorgt werden.

Berichte.

Besitz Bremen. Der Streik in Sulingen ist mit vollem Erfolg beendet. Infolge Forderung, für Bauer und Hilfsarbeiter 2,15 die Stunde zu zahlen, ist bewilligt und die Arbeit wieder aufgenommen. Ebenfalls ist in Lüneburg eine unter Forderung voll anerkannt. Bauer erhalten 1,80, Hilfsarbeiter 1,70 die Stunde. Somit ist auch dort der Streik beigelegt.

Mülheim-Derhausen. Nachdem es den Bauarbeiterorganisationen in diesem Jahre gelungen ist, im Tiefbauvergewerke Fuß zu fassen und einen Tarifvertrag abzuschließen, ist es nun auch Pflicht eines jeden Verbandes, dessen Fortschritt zu sichern, daß die große noch unorganisierte Masse der Tiefbauarbeiter, reißend der Organisationsarbeit zufließen. Die große Schwierigkeiten zu überwinden waren und auch noch heute bestehen, diese wohl jedem einleuchtigen Kollegen bekannt sein. Diese zu beseitigen, bedarf es der regen Mitarbeit eines jeden einzelnen Kollegen, nicht nur bei uns unter den Eisenarbeitern zu treten, sondern auch unter den Schachtmeistern und Bohrern.

Die wirtschaftliche Lage dieser Berufsgruppe ist doch auch keine rosig. Aus diesem Grunde fand am 8. Juli eine Versammlung in Oberhausen statt, worin die Geschäftsführer ihren Beitritt zum Deutschen Bauarbeiterverband erklärten.

Ortsabteilung. Zum zweiten Vierteljahresabschluss hatte der Vereinsvorsitzende die Mitglieder zu einer Versammlung eingeladen. In großer Zahl hatten sich denn auch die Kollegen eingefunden. Kollege Guth referierte über die Lage und Entwicklung unserer Organisation am Ort.

Waldenburg i. Schl. Für unser Karlsruher ist der Schloßbau und auch der Tiefbau als obsolet zu betrachten. Am 30. April wurde der erste abgeschlossen mit der Maßgabe, daß die vereinbarten Löhne vom 12. April an zu gelten sind.

Arbeitsmarkt. Durch Vereinbarung der unterzeichneten Organisationen wird für das Bezugsgebiet Dresden ab 18. Juni 1919 ein gemeinsamer Arbeitsnachweis eröffnet. Die Geschäftsstelle befindet sich Ritzgenstr. 2, 1. Et. (Bolkshaus).

Gemeinsamer Arbeitsnachweis für das Baugewerbe zu Dresden und Umgebung. Durch Vereinbarung der unterzeichneten Organisationen wird für das Bezugsgebiet Dresden ab 18. Juni 1919 ein gemeinsamer Arbeitsnachweis eröffnet.

Arbeitsgeber-Verband für das Baugewerbe zu Dresden. 3. M. Baummeister Gustav Kirsten. Deutscher Bauarbeiterverband, Bezirksverein Dresden. 3. M. Franz Barth.

Der Maurermeister Adolf Meyers in Maritzsch in Maritzsch stellt sofort mehrere Maurer ein. Es handelt sich fast nur um Landarbeit, bei der meistens freies Logis und auch etwas Essen gewährt wird.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverband.

Feststellungsergebnis vom 30. Juni.

In 762 berichtenden Vereinen meldeten sich unter 344 054 Mitgliedern 6867 arbeitslos. Das sind vom Mitgliederhundert 2 gegenüber 2,2 am vorigen Jubiläum. Eine Zunahme hatte diesmal nur der Bezirk München, von 1,9 auf 2,4. Alle übrigen sind an der Verringerung der Arbeitslosigkeit beteiligt.

Bezirk	Mitglieder im letzten Jahre	An den Berichtenden Vereinen	In den berichtenden Vereinen waren am Feststellungs- tage arbeitslos	
			Anzahl	Prozent
Königsberg	28 23	8438	2	9
Bromberg	27 21	7896	112	1,4
Stettin	72 72	6647	13	0,2
Breslau	63 62	20199	29	0,1
Berlin	72 72	33430	271	0,8
Magdeburg	49 49	17620	6	0,03
Essen	51 51	18317	34	0,2
Karlsruhe	16 16	2359	472	20,0
Worms	13 13	27881	103	0,4
Darmstadt	12 10	18250	1	0,005
Bamberg	43 42	18118	74	0,4
Regensburg	30 29	12929	75	0,6
Dresden	71 71	17770	265	1,5
Waldenburg	60 60	4534	2	0,04
Dresden	14 14	19328	239	1,2
Worms	66 66	31445	661	2,1
Essen	21 21	9299	79	0,8
München	33 31	13333	126	0,9
Stuttgart	25 25	15483	69	0,4
Karlsruhe	13 13	18932	70	0,4
Zusammen	773 762	344054	2897	0,8

Der falsche Weg.

Zu den gegen meine Person in den Nummern 19 und 24 des „Grundstein“ erschienenen Angriffen sei mir das folgende gestattet: Bei Versprechungen in unserer Organisation gegen deren Grundzüge war bisher immer üblich, daß von den Anhängern der zur unabhängigen Errichtung einer Vereinigung eingeleitet wurde, daß man eventuell mit Preisdruck, Mißgunst, Bestrafung oder Ausschluß erhebt.

Vom Bau. Braunschweig. Am 8. Juli ereignete sich auf der Zuderfabrik Hautheim bei Braunschweig ein Unfall, bei dem 2 Arbeiter getötet und 2 Arbeiter schwer verletzt wurden. Es waren an einer Wand, die auf Stützen stand, Arbeiter beschäftigt, die Wand ist beim Durchdringungsversuch umgefallen.

fuhr, waren S. Waite und A. Ruffschle. Midler und Schidrahm kamen erst später hinzu. Mit letzterem stand ich persönlich wegen einer anderen Differenz nicht gut. Ich habe dort meines Wissens nur über die Art meiner Arbeit in Wittenberg, nicht aber über andere Dinge gesprochen.

Gips und Stuckature. Demold. Seit dem 21. Juni befinden sich Bau- und Dekorationsmalere, Stuckateur, Gipsler und das Gipspersonal der Firma A. Auermann, Demoldor Kunstwerkstätten, im Streik. Für die Stuckatureur gilt es, die Anerkennung ihres Bezirktarifs durchzuführen.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverband. In 762 berichtenden Vereinen meldeten sich unter 344 054 Mitgliedern 6867 arbeitslos.

Der falsche Weg. Zu den gegen meine Person in den Nummern 19 und 24 des „Grundstein“ erschienenen Angriffen sei mir das folgende gestattet: Bei Versprechungen in unserer Organisation gegen deren Grundzüge war bisher immer üblich, daß von den Anhängern der zur unabhängigen Errichtung einer Vereinigung eingeleitet wurde, daß man eventuell mit Preisdruck, Mißgunst, Bestrafung oder Ausschluß erhebt.

Vom Bau. Braunschweig. Am 8. Juli ereignete sich auf der Zuderfabrik Hautheim bei Braunschweig ein Unfall, bei dem 2 Arbeiter getötet und 2 Arbeiter schwer verletzt wurden. Es waren an einer Wand, die auf Stützen stand, Arbeiter beschäftigt, die Wand ist beim Durchdringungsversuch umgefallen.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverband. In 762 berichtenden Vereinen meldeten sich unter 344 054 Mitgliedern 6867 arbeitslos.

organisationen ist man mit dem Reichsversicherungsamt in geschäftliche Beziehungen getreten. Auch die Sozialversicherungspläne der Regierung wurden erwähnt.

In der anschließenden Aussprache wurde darüber gefasst, daß viele Bezugsgruppen des Reichsverbandes bei den betrieblichen Tarifverhandlungen von den Interessenverbänden des Reichsverbandes für das Baugewerbe nicht genügend unterstützt worden seien.

Die Beschlüsse der Besuchsgruppen ist vor Abschluß eines neuen Reichsverbandes Gelegenheit zu geben, zu dem Vertragsentwurf Stellung zu nehmen. Es wurde beschlossen, die Besuchsgruppen sollen erlassen werden: Von den Mitgliedern, die keine Lohnsummen nachweisen, M. 60 für das Jahr 1919.

Der Vorstand beschloß ferner, durch eine Eingabe an die Regierung darauf hinzuwirken, daß die geplanten Umfassungen für Baufläche und die Produktionssteuer nicht zu übermäßigen Preissteigerungen bei der Baufläche führen könnten.

Gewerkschaftliches.

Achtstundentag und Produktivität. Als der Arbeitstag des Proletariats vor einigen Jahrzehnten noch 12 bis 15 Stunden betrug, da stellen sich die Arbeiter an die Arbeit und ihre Arbeiter die Arbeiter an die Arbeit.

Soziale Rechtspflege.

Die Begründung Körperverletzungen infolge von Spielereien während der Arbeit den Anspruch auf Arbeitslohn. Ein Handwerker, der in einem größeren Betriebe arbeitete, hatte den auf dem Tage bestimmten Lohn aufgebracht.

Bücher und Schriften.

Silberne Dachkonstruktionen. Von Dr. Ing. E. H. Pfeil. Verlag Wilhelm Ernst & Sohn, Berlin, Wilhelmstr. 90. Preis gebunden M. 20.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Arbeitslosenstatistik. In diesen Tagen sind die Vereinsvorstände die Berichtarten für das dritte Viertel angefordert worden, und zwar 3 blaue Karten für unsere Arbeitslosenstatistik und 2 graue Karten und eine gelbe für das Statistikamt.

Die auf den Karten für das Statistische Reichsamt aufgedruckten Einlieferungsfristen sind nach Möglichkeit einzuhalten. Karten, die nicht aller spätestens bis zum 10. des Monats hier eintreffen, können wir nicht mehr verwenden.

Die blauen Berichtarten für unsere Verbandsstatistik sind nach wie vor mit 10 1/4 freizumachen, soweit sie nicht einer andern Sendung beigelegt werden.

- Vom 6. bis 12. Juli haben folgende Vereine Gld an die Hauptkasse geleandt: Appenabe M. 534,65, Auerbach i. B. 648,80, Bamberg 2154,10, Barmen 228, Mühlbach 114,95, Mülhausen 3000, Bielefeld 617,85, Augsburg 6385,70, Alfeld 1021,15, Ansbach 505,10, Auma 56,86, Borna 882,70, Brühl i. d. M. 455, Bremen 2079,20, Bromberg 898,55, Burg 521,90, Burg 250, Wittenberg 287,60, Bitterfeld 7448,34, Burg b. M. 16,80, Brieskow 221,90, Breme 186,10, Brunsbüttel 585,15, Buxtehude i. B. 578,45, Buxtehude 462,60, Burg a. Fejha 258,80, Barmbeck 238,90, Buxtehude 193,85, Buxtehude 689,80, Buxtehude 689,80, Buxtehude 49,05, Celle 3207,85, Cramersheim 500, Grimmschlag 1914,95, Garmisch 502,75, Gottbus 1045,75, Gumburg a. S. 449,70, Gammeln i. Pom. 339, Gochstedt 98,90, Gohlfeld 250,80, Gohlfeld 3554,70, Gohlfeld 449,10, Gohlfeld 609,90, Gohlfeld 538,70, Gohlfeld 278,80, Gohlfeld 269,80, Gohlfeld 683,15, Gohlfeld 380,68, Gohlfeld 2269,65, Gohlfeld 628,90, Gohlfeld 191,50, Gohlfeld 363,30, Gohlfeld 2,80, Gohlfeld i. B. 2540,20, Gohlfeld 576,20, Gohlfeld 16,80, Gohlfeld 317,10, Gohlfeld 311,70, Gohlfeld 3418,05, Gohlfeld i. Sch. 1167,70, Gohlfeld i. M. 254,20, Gohlfeld 789,80, Gohlfeld 873,05, Gohlfeld i. d. M. 408, Gohlfeld 801,05, Gohlfeld i. M. 268,80, Gohlfeld 300, Gohlfeld 37,80, Gohlfeld 202,10, Gohlfeld 1166,65, Gohlfeld 955,75, Gohlfeld 661,80, Gohlfeld 461,60, Gohlfeld 168,20, Gohlfeld 50, Gohlfeld 1794,45, Gohlfeld 1397,65, Gohlfeld 4407, Gohlfeld 1932,70, Gohlfeld 298, Gohlfeld 110, Gohlfeld 2800, Gohlfeld 500, Gohlfeld 246,40, Gohlfeld 1000, Gohlfeld 1508,30, Gohlfeld 346,65, Gohlfeld 290,20, Gohlfeld 70, Gohlfeld 3151,75, Gohlfeld 958,40, Gohlfeld 138,80, Gohlfeld 169,80, Gohlfeld 1150,20, Gohlfeld 873,65, Gohlfeld 276,20, Gohlfeld 219,20, Gohlfeld 111, Gohlfeld 81,60, Gohlfeld i. B. 53,90, Gohlfeld 219,20, Gohlfeld 1587,65, Gohlfeld 419,90, Gohlfeld 221,20, Gohlfeld i. Sch. 17,50, Gohlfeld i. B. 4352,55, Gohlfeld 1800, Gohlfeld i. B. 423,50, Gohlfeld 218,90, Gohlfeld 496,85, Gohlfeld 269,75, Gohlfeld 2000, Gohlfeld 427,15, Gohlfeld i. B. 1100, 377,25, Gohlfeld 59,70, Gohlfeld 100,10, Gohlfeld 849,20, Gohlfeld 1000, Gohlfeld 1500, Gohlfeld 1086,55, Gohlfeld 754,50, Gohlfeld 859,35, Gohlfeld 8000, Gohlfeld 159,50, Gohlfeld 300,40, Gohlfeld 100, Gohlfeld 53,50, Gohlfeld 1600, Gohlfeld 221,20, Gohlfeld 76,55, Gohlfeld 39,95, Gohlfeld 119,10, Gohlfeld 732,20, Gohlfeld 418,90, Gohlfeld 873,65, Gohlfeld 469, Gohlfeld 1681,60, Gohlfeld 1124,10, Gohlfeld 110, Gohlfeld 854,65, Gohlfeld i. Sch. 219,80, Gohlfeld 198,60, Gohlfeld a. d. E. 110,90, Gohlfeld 4010,88, Gohlfeld 104, Gohlfeld 967,80, Gohlfeld 883,30, Gohlfeld 791,10, Gohlfeld i. B. 453,05, Gohlfeld 400, Gohlfeld 388,30, Gohlfeld i. B. 246,30, Gohlfeld 206,35, Gohlfeld 377,30, Gohlfeld 75, Gohlfeld 407,10, Gohlfeld 833,70, Gohlfeld i. M. 902, Gohlfeld 124,35, Gohlfeld 318,30, Gohlfeld 287,80, Gohlfeld 1277,30, Gohlfeld 788,50, Gohlfeld 285,40, Gohlfeld 2544,40, Gohlfeld 857,10, Gohlfeld 4000, Gohlfeld 1628,79, Gohlfeld 609,65, Gohlfeld 328,20, Gohlfeld 140,80, Gohlfeld 1515,05, Gohlfeld a. d. E. 205,90, Gohlfeld 16,40, Gohlfeld 114,60, Gohlfeld 946,20, Gohlfeld 520,65, Gohlfeld 428,50, Gohlfeld i. M. 1487,50, Gohlfeld 579,40, Gohlfeld 1187,70, Gohlfeld 618,10, Gohlfeld 688,75, Gohlfeld 671,85, Gohlfeld 240,60, Gohlfeld 144,30, Gohlfeld 154,40, Gohlfeld 94, Gohlfeld 818,52, Gohlfeld 1111,85, Gohlfeld 878,80, Gohlfeld 360,90, Gohlfeld 172,50, Gohlfeld a. d. B. 451,30, Gohlfeld 322, Gohlfeld 288,10, Gohlfeld 157,90, Gohlfeld 1704,70, Gohlfeld 865, Gohlfeld 325,35, Gohlfeld 314,70, Gohlfeld 109,70, Gohlfeld 597,95, Gohlfeld 314,70, Gohlfeld 2415,80, Gohlfeld 74,55, Gohlfeld 509,30, Gohlfeld 658,30, Gohlfeld 40, Gohlfeld 421, Gohlfeld 6123,20, Gohlfeld 3397,70, Gohlfeld 955,04, Gohlfeld 420,60, Gohlfeld 378,30, Gohlfeld 155,55, Gohlfeld 159,30, Gohlfeld 1997,95, Gohlfeld 1730,70, Gohlfeld 1702, Gohlfeld 924,50, Gohlfeld 709,80, Gohlfeld 571,30, Gohlfeld 608,30, Gohlfeld 258, Gohlfeld 206,77, Gohlfeld 880,75, Gohlfeld 792,60, Gohlfeld 769,10, Gohlfeld 506,40.

Der Vorstand des Reichsverbandes hat dieses Urteil gefällt. Das Reichsversicherungsamt hat dieses Urteil gefällt. Das Reichsversicherungsamt hat dieses Urteil gefällt.

Sterbetafel.

- Mittling. (Traiburg a. Inn.) Durch Kentern des Bootes erlitten in dem hochgehenden Inn die Kollegen Karl Spith (Hilfsarbeiter), 21 Jahre alt, und Paul Bögl (Schiffer), 46 Jahre alt, Auerbach i. Bezgl. Am 8. Juli starb unser Kollege Otto Kötzel aus Rodewitz i. B. Am 8. Juli starb das Mitglied Josef Berger (Maurer) in Friedberg im Alter von 31 Jahren an Darmleiden. Berlin. Am 30. Juni starb unser Mitglied Karl Schaborn (Maurer) im Alter von 67 Jahren an Lungenerkrankung. Am 7. Juli starb unser Kollege August Pieper (Maurer) im Alter von 60 Jahren an Gehirnerschlag. Braunschweig. Am 3. Juli starb unser Kollege Fritz Göde (Maurer) aus Weddel infolge eines Unfalles. Dresden. Am 27. Juni starb unser Mitglied Hermann Hofmann an Herz-Kreislauferkrankung. Am 3. Juli starb unser langjähriger Mitglied Wilhelm Seibane (Hilfsarbeiter) an den Folgen eines Kampfes mit einem Verbrecher. Burg b. Magdeburg. Am 7. Juli starb der Kollege Wilhelm Sperlein im Alter von 29 Jahren an Lungenerkrankung. Coblenz. Am 2. Juli starb plötzlich unser treuer Kollege Anton Kleins (Maurer) aus Andernach im Alter von 25 Jahren an Gasvergiftung. Greif. Am 5. Juli starb unser treuer Kollege Peter van Hant (Gedruckter) im Alter von 42 Jahren. Er wurde auf der Arbeitsstelle von der Eisenbahn überfahren. Danzig. Am 3. Juli starb unser Mitglied R. Vulpinus (Maurer) im Alter von 61 Jahren an Magenkrebs. Dehau. Am 3. Juli starb unser treuer Kollege Otto Mager (Hilfsarbeiter) im Alter von 35 Jahren durch Unfall aus dem Leben. Gießen. Am 2. Juli starb unser Kollege Johann Halbig (Hilfsarbeiter) im Alter von 47 Jahren an Gehirnarterienanomalie. Er war Mitbegründer des hiesigen Vereins. Ghrurt. Am 1. Juli starb plötzlich unser treuer Kollege Kurt Lecht (Maurer) im Alter von 37 Jahren. Er wurde von einer Lokomotive überfahren. Mit ihm ist einer der Besten von uns geschieden, der immer da, wo es galt für die Organisation tätig zu sein, am Platze war. Landshut. Am 28. Juni starb der Kollege Robert Seibert (Hilfsarbeiter) im Alter von 52 Jahren an einem Darmleiden. Lauburg. Am 10. Juli starb unser Kollege Joh. Eggers im Alter von 60 Jahren durch Unfall. Er war Mitbegründer unseres Vereins. Leipzig. Am 19. Juni starb unser Kollege Otto Seyfert (Maurer) im Alter von 24 Jahren an Blinddarmentzündung. Am 24. Juni starb unser Kollege Friedrich Altner (Maurer) im Alter von 56 Jahren an Magenkrebs. Magdeburg. Am 3. Juni starb unser Kollege Karl Gullisch (Hilfsarbeiter) aus Dönnstedt im Alter von 60 Jahren an Hirnleiden. Mannheim. Am 27. Juni starb der Kollege Johann Baptist Sachs (Hilfsarbeiter) aus Mallstadt im Alter von 63 Jahren. Meiningen. Am 10. Juli starb unser treuer und langjähriger Mitglied Karl August Danz im Alter von 42 Jahren an Lungenerkrankung. München. (Maffra) aus Regensburg im Alter von 59 Jahren an Blinddarmentzündung. (Schnere Stadt). Am 6. Juli starb unser Kollege Andreas Denk (Hilfsarbeiter) im Alter von 39 Jahren an Prostataleiden. München-Gladbach. Am 5. Juli starb unser Mitglied Otto Vollenbroch (Zementierer) im Alter von 43 Jahren an Lungenerkrankung. Neuenburg. Am 5. Juli starb plötzlich unser Kollege Gustav Thiesen an Herzschlag. Regensburg. Am 8. Juli starb unser Mitglied Alois Minoli aus Regensburg im Alter von 62 Jahren an Herzleiden. Schwerin. Am 6. Juli starb unser langjähriger, treuer Kollege Friedrich Viek (Maurer) im 46. Lebensjahre an Lungenerkrankung. Stuttgart. (Cöndorf) a. Schwaben, Gahndelstraße 13. Zugeordnet: 1. Kassen- und Heilungsbericht vom 2. Quartal. 2. Berichtserstattung von der Generalversammlung in Frankfurt a. M. 3. Kassenangelegenheiten und Berichtsbüchlein. Teich. Am 25. Juni starb unser Kollege Emil Hüner (Maurer) aus Teich im Alter von 32 Jahren an Prostataleiden. Ihre ihrem Andenken!

Der Bezirksverein Austerburg i. Ostpreußen sucht zum baldigen Eintritt einen

Fofalbeamten. Kollegen, die über die nötigen Fähigkeiten verfügen und bereit sind, die Stelle anzunehmen, werden ersucht, sich recht bald schriftlich bei dem Bezirksleiter Fr. Kröse, Königberg, Bordenroßgarten 61/62, zu melden.

Bekanntmachung. Berlin 1. (Kranke) Mittwochs, den 30. Juli, abends 7 Uhr, im Schwaben, Gahndelstraße 13. Zugeordnet: 1. Kassen- und Heilungsbericht vom 2. Quartal. 2. Berichtserstattung von der Generalversammlung in Frankfurt a. M. 3. Kassenangelegenheiten und Berichtsbüchlein.

Teich. Am 25. Juni starb unser Kollege Emil Hüner (Maurer) aus Teich im Alter von 32 Jahren an Prostataleiden.

Guben. Mittwochs, den 6. August, abends, im „Wollgarten“.

